Vorwort

Heute in Kürze: Seit vergangenen Montag finden bundesweit wöchendliche Protestkundgebungen von und für Frauen und Lesben gegen rassistische und faschistische Gewalt statt. - In Berlin ist der Treffpunkt 17.00bis 18.00 gegenüber vom Cafe Kranzler am Kudamm.

Wir wünschen den Flüchtlingen und den UnterstützerInnen vom Antirasistischen Zentrum viel Kraft und Unterstützung. Außerdem grüßen wir die Flüchtlinge aus Hoyerswerda, die mittlerweile alle durchgesetzt haben in Berlin bleiben zu können.

Nr. 167

INTERIM

auswärts 2,50 DM

2 DM

Wöchentliches Berlin-Info

Inhalte

Ordner:

5.Presseerklärung der KBaF

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

31. Oktober 1991

Kommt ins Antirassistische Zentrum!

Seit Donnerstag, den 24.10.91 sind 11 Räume im Mathematikgebäude der TU-Berlin und einige Räume des AStA der TU besetzt.
Die Aktion wird getragen von Menschen, die ein praktisches Zeichen gegen die schleichende Normalisierung der staatlichen Repression und der offenen Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen setzen wollen.
Darüberhinaus geht es uns um zwei sehr praktische Schritte:

* Zum einen wollen wir mit der Besetzung die dringend notwendige Koordination bisheriger und zukünftiger antirassistischer und antifaschistischer Arbeit aller Art vorantreiben. Die Anlaufstelle schafft die Möglichkeit, schon vorhandene Ansätze zu antirassistischer Arbeit zu bündeln und den Widerstand gegen die rassistische Asylpolitk zu forcieren.
In der Stadt ist viel los: Die Verschleppungen von Flüchtlingen in die Ex-DDR wurden zum Teil verhindert, Kontakte zu Flüchtlingsheimen in Brandenburg werden aufgebaut, überall organisieren sich antifaschistische Gruppen, Flüchtlinge aus Hoyerswerda wurden in ihren Forderungen unterstützt und ihre Aufenthaltsgestattung in Berlin wurde durchgesetzt, Veranstaltungen, Demos, Konzerte... .
Wir finden es wichtig, einen Ort zu haben, an dem ein Austausch stattfinden kann und an dem die verschiedenen Ansätze und Aktionen gemeinsam sichtbar werden.

* Zum anderen wollen wir den Flüchtlingen, die sich entgegen den behördlichen Weisungen entschieden haben, in Berlin zu bleiben oder nach Berlin zu kommen, vorübergehend eine sichere Unterbringung anbieten. Flüchtlinge, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, sind nach in der BRD geltendem Unrecht gezwungen, sich in einem von der Ausländerbehörde zugewiesenen Landkreis aufzuhalten und diesen nicht zu verlassen. Dem widersetzen sich, z.B. aus Angst vor rassistischen Angriffen, immer mehr Menschen. Flüchtlinge, die an einem Ort ihrer Wahl leben wollen, verlieren ihr Recht auf staatliche Mindestversorgung. Zusätzlich droht ihnen Geldstrafe. Wir fordern das Recht Aller auf freie Wahl des Aufenthaltsortes und wehren uns gegen die Verschleppung von Menschen, wie es z.B.am Waterloo-Ufer geschieht. Deshalb ist es notwendig, Flüchtlingen Möglichkeiten zu schaffen, in Berlin bleiben zu können und für die Durchsetzung ihrer Rechte kämpfen zu können. Ihre materielle Versorgung muß wieder von den zuständigen staatlichen Stellen garantiert werden. Als Sofortmaßnahme muß ihre Unterbringung und Versorgung mit Geld von öffentlichen Wohlfahrtsverbänden geleistet werden!
Wir wollen raus aus der Versteckt- und Verschwiegenheit, mitten in der Stadt sichtbar als Antirassistisches Zentrum und Anlaufstelle für Flüchtlinge sein. Um den rassistischen Konsens in dieser Gesellschaft anzuknacken und zu brechen ist massiver Druck auf allen Ebenen gegen die Verantwortlichen notwendig.
Öffentlicher Druck muß an der Basis entstehen. Übt an den Orten eures Alltags -auf der Arbeit, in Schulen, Unis, Kneipen, überall- Druck aus, sich mit den Forderungen der Flüchtlinge nicht nur verbal, sondern praktisch zu solidarisieren. Unterstützt das Zentrum politisch! Bringt eure bisherige Arbeit, eure Ideen, Erfahrungen, Informationen, wie z.B. Broschüren, Flugblätter, ein.

Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung für Alle!
Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!
Keine Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern!
Keine Abschiebungen!
Keinen Fußbreit den Faschisten!

Ihr erreicht uns über das Büro des Antirassistischen Zentrums im AStA der TU, Marchstr.6, 1 Berlin 10, Tel 31421041

Spendenkonto: Antirassistische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto.-Nr. 303 96 00 -Stichwort Bleiberecht-

V.i.S.d.P.: B.Leiberecht, Streitstr. 11, 1-10

GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERINNENFEINDLICHKEIT

7. Presseerklärung der Koordination Berliner autonomer Flüchtlingsgruppen im Antirassistischen Zentrum an der TU
Montag, 28.10.91

Koordination verhandelt mit TU-Präsidium / Breite antirassistische Offensive notwendig / Antirassistisches Zentrum ruft zur Demonstration gegen die Europäische Innen- und Justizministerkonferenz am Mittwoch, 30.10.91, 17:00 Adenauerplatz, auf

In der am Montag stattgefundenen Verhandlungsrunde zwischen VertreterInnen der Koordination und dem TU-Präsidium hat die Koordination das TU-Präsidium aufgefordert, die Forderungen der Flüchtlinge und UnterstützerInnen im Antirassistischen Zentrum öffentlich und sichtbar zu unterstützen, und gegenüber den politisch Verantwortlichen in dieser Stadt eindeutig Stellung für die Flüchtlinge zu beziehen.

Die Situation aller Flüchtlinge kann sich nur durch breite gesellschaftliche Unterstützung für die Forderungen nach Bleiberecht und menschenwürdiger Unterbringung für alle Flüchtlinge, nach freier Wahl ihres Aufenthaltsortes und dem sofortigen Ende der Zwangsverteilungen, sowie einem sofortigen Ende von Abschiebungen, verändern.
Das TU-Präsidium wird von der Koordination aufgefordert, diesbezüglich Stellung zu beziehen, um den Weg für weitere Schritte bezüglich des Angebotes einer Nutzung der ehemaligen Kita, sowie gemeinsamer politischer Initiativen im Sinne der Flüchtlinge zu ebnen.

Der rassistische Angriff auf Mete E. in der Nacht zum Sonntag macht die Notwendigkeit nach einer breiten antirassistischen Offensive noch einmal erschreckend deutlich.

Das Antirassistische Zentrum fordert dazu auf, gegen Rassismus und Faschismus in verschiedenen Formen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorzugehen. Lippenbekenntnisse heuchlerischer Schreibtischtäter werden die rassistische und faschistische Mobilisierung nicht stoppen.

Das Antirassistische Zentrum ruft alle Menschen auf, sich an der Demonstration gegen die Konferenz der europäischen Innen- und Justizminister, auf der u.a. eine weitere Abschottung der Grenzen Europas organisiert und die rassistische Gewalt weitere staatliche Rückendeckung erhalten wird, massiv und lautstark zu beteiligen.

Berlin, den 24.1o.91

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe FreundInnen!

Mit beiliegender Presseerklärung möchten wir Sie/ Euch über unsere heutige Aktion informieren.
Wenn Ihr die Aktion politisch und konkret unterstützen möchtet, meldet Euch bitte unter der Tel.Nr.: 314 21 o41.
Das Büro im Asta-Gebäude (Marchstr. 6,1-1o- Einfahrt von Straße des 17.Juni, einzelstehende Villa hinter der TU-Mathematikgebäude, 2.Stock) ist von 11.oo bis 17.oo Uhr besetzt.

kurz und schnell - ein paar Bemerkungen und Verbesserungsvorschläge zu den Aktivitäten der letzten Wochen:

- so wichtig und richtig ich die ganzen antirassistischen Aktionen der letzten Wochen finde, muß ich doch feststellen, daß es für mich als u.a. lohnarbeitenden Menschen **so** nicht geht. Ich kann nicht Abend für Abend auf zig Trffen und Plenen rumsitzen und mit einer Unendlichkiet an Zeit diskutieren bzw. rumlabbern. Auf diese Weise entzünden wir zwar kurze Strohfeuer; aber so ist keie perspektivische Politik möglich, da wir uns als Menschen aufrauchen und uns spätestens nach ein paar Wochen der Alltag wieder einfängt (zudem einen so elementare Bedürfnisse wie Schlafen überkommen). Mein Vorschlag: Laßt uns (z.B. im antirassistischen Zentrum, das gilt aber auch für andere Bereiche autonomer politik), ein Plenum pro Woche machen, das erstens vorbereitet und "moderiert" wird und zweitens, auf dem dann wirklich alle wichtigen Entscheidungen fallen. Nur so ist eine Öffnung autonomer Strukturen für Menschen möglich, die eben nicht in der Szene leben.

- und das ist mein zweites Anliegen: Nun ziehe ich mir schon die ganzen Treffen rein, um dann festzustellen, daß die wirklichen Entscheidungen in irgendwelchen informellen Strukturen und Zusammenhängen fallen un d es sich bei dem offenen Treffen allenfalls um pseudodemokratisches Palavern handelt, nur dazu da, die Stimmungslage der Szene abzuchecken. So wird z.B. bei dem Vorbereitungstreffen zum "großen Ei" (Besetzung der TU) so getan, als ob noch alles offen sei, und nur zufällig habe ich schon am Tag vorher erfahren, daß der Termin schon feststeht. Leute, so geht das nicht! Ich denke, es wäre einfach besser, wenn ein paar Leute so ein Treffen vorbereiten und dann dies oder das offensiv vorschlagen. Dazu kann mensch sich dann verhalten, find' ich gut, hab' ich eine bessere Idee, etc., aber nicht dieses rumdrucksen und rumeiern.
Wenn wir aus unserem Getto rauskommen wollen, müssen wir einige Formen unserer Politik ändern, für andere Menschen offen und teilnehmbar machen, sonst reproduzieren wir uns als Szene immer wieder selbst.

Soweit erstmal auf die Schnelle. Zugegeben, noch etwas unausgereift, aber ich wollte diese Gedanken noch unbedingt diese Woche drin haben.

Roy Black

P.S.: liebe grüße an Heinz Schenk, auch wenn ich deine Schlußfolgerung ("Austritt aus den Autonomen") falsch finde, da dazu real keine Alternative existiert und der Weg eher in einem konkreten Einklagen von Veränderungen zu suchen ist.

Finanzielle Unterstützung ist ebenfalls unter folgender Kontonummer dringend erforderlich und erbeten:



Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 3o3 96 oo
BLZ: 1oo 2o5 oo
Stichwort "Bleiberecht"

Wir freuen uns, wenn Ihr in den folgenden Tagen vorbeikommt und wir weiteres besprechen können.
Die Mitarbeit vieler Gruppen ist unbedingt erwünscht und notwendig.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Antirassistisches Zentrum

KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN !!!

Am Samstag nachmittag haben wir Oliver Schweigert erwischt. Wir hoffen, daß die Verletzungen so schwer sind, daß dieses Oberschwein da noch lange viele Probleme mit hat.

Zur Aktion : An diesem Nachmittag meinte Schweigert in Ruhe ein Interview fürs französische Fernsehen auf dem Mauerstreifen Bernauerstraße geben zu können, doch da hatten sich sowohl er als auch die Sensationshaie getäuscht. Wir griffen in die Situation ein und jagten O.S. in einen Hauseingang, wo er Prügel bezog. Bevor sich die Reporterärsche stillschweigend verpissen konnten, entwendeten wir ihnen die aufgenommene Nazipropaganda.

Der seit der "Wende" kontinuierlich angestiegene rassistische und faschistische Terror auf der Straße ist nicht eine spontane Agressionsentladung orientierungsloser Jugendlicher, sondern wird von staatlicher Hetze gegen Flüchtlinge und reißerisch-sensationsorientierter Presse angeheizt. Organisierte Nazistrukturen wie FAP, NF, NO oder NA sind dabei diejenigen, die staatlich gewollte Einschüchterung von Flüchtlingen und linker Opposition durch Terror auf der Straße praktisch durchsetzen. Sie rekrutieren rechte Jugendliche, organisieren gezielte Aktionen gegen Flüchtlinge und ArbeitsemigrantInnen.
Weiterhin sorgen sie für die propagandistische Vorbereitung und und pressewirksame Vermittlung dieser Aktionen. Dabei arbeiten sie oft mit der Presse Hand in Hand : sie sorgen für die Horrorberichte zur Auflagensteigerung und bekommen dafür kostenlos werbewirksame Auftritte im Fernsehen oder in Zeitungsinterviews. Oft lassen sie sich dafür auch noch gut bezahlen und können mit dem Geld ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen.

In Zeiten, in denen täglich rassistische und faschistische Agriffe unter inkaufnehmen von Todesopfern bis hin zu bewußt geplanten Mordanschlägen stattfinden, kann es nicht mehr darum gehen, die Öffentlichkeit auf ein Problem aufmerksam zu machen, das wohl allen die es wissen wollen hinreichend bekannt ist. Die Zeitungen sind voll davon !

Sensationslüsterne Presse und Fernsehberichterstattung unterschlägt und/oder entpolitisiert jeglichen Widerstand dagegen. Sie zeigen in erster Linie wehrlose Opfer und Resignation (Flüchtlinge kehren in ihre Herkunftsländer zurück, sind machtlos gegen Terror usw). Das führt innerhalb der Bevölkerung zu wachsender Abstumpfung, Einschüchterung und Akzeptanz von immer übleren Angriffen. Wenn wir Bevölkerung sagen, dann meinen wir genauso uns wie jede/n andere/n hier.

Die rassistischen/sexistischen Überfälle auf die drei Frauen in Zehlendorf, bei denen eine Frau ermordet wurde, hätten vor einem Jahr noch ganz andere Reaktionen hervorgerufen.

Fakt ist aber ,es gibt Widerstand ! Flüchtlinge organisieren und bewaffnen sich und wehren sich auch zunehmend gegen Naziterror. Diesen Widerstand befürworten und unterstützen wir.

Die Faschisten sind nicht unangreifbar.
Diese Aktion hat uns gezeigt, daß das Bild, das wir mittlerweile von Faschisten haben, nicht stimmt. Es war überraschend leicht, Oliver Schweigert zu erwischen, ihm eine seiner eigenen Methoden am eigenen Leib spürbar zu machen und ihm seine arrogante Sicherheit zu nehmen.

Gemeinsam und auf allen Ebenen wollen wir in die Offensive kommen und den Naziterror auf der Straße und die Presselügen bekämpfen. Ein Teilbereich dieser Organisierung beinhaltet ein offensives Vorgehen gegen die Kader faschistisch-militanter Organisationen, wie zB O.S. von FAP/NA.
Ein anderer Teil ist die wirkungsvolle Verhinderung sensationsgeiler Medienberichterstattung.

Hört auf zu jammern, es hat doch gerade erst angefangen !

Leistet Widerstand --- gemeinsam sind wir stark !

autonome antifaschistische aktivistInnen

Verschärfte Grüße an die GenossInnen, die in Göttingen Karl Polaceks Haus angegriffen haben !!!!!!!

-am 20.7.86 tritt OS mit anderen führenden Nazis zs. auf einer Kundgebung der Bürgerini für Demokratie und Identität auf
-in der im Herbst '86 gegründeten fasch. Ddtsch. Jugendinitiative arbeitet OS mit Wiking-Jugend und NAzusammen
-'87/'88 organisiert er den Fascho-Terror in Steglitz u. Lichtenrade/Mariendorf.
-Herbst 88 u.89 beim Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel dabei
-am 2.10.88 wird er bei einem später von Antifas verhinderten Zusammentreffen führender Berliner Nazis (DJI, FAP, NF, NPD, JN, REP) gesehen
-in der Weddinger Freiheitspartei, einem Zusammenschluß aus militanten FAP und NF-Nazis, anläßlich der Berliner Abgeordnetenhauswahlen hatte er die Funktion des "Präsidialsprechers" übernommen
-in einer Brennpunkt-Sendung zum 100.en Hitlergeburtstag am 20.4.89 gibt OS zs. mit Neonazi Winfried Arnulf Priem (Wotans Volk, Asgard-Bund) ein Interview.
-ab 20.4.90 beginnt der Aufbau des Nazi-Zentrums Weitlingstr. in Bln.-Lichtenberg, wo er von Anfang an dabei ist.
Funktionen: stellvertretender Vorsitzender der NA und der NA-Tarnorganisation "Bürgerinitiative Wohnraumsanierung WOSAN"
-Anfang '90 von M.Kühnen zum "Reichsleiter Ost" der FAP ernannt.

---

kein platz für faschisten - nirgendwo

gemäss diesem vorsatz, zündeten wir in der nacht vom 21.-22.10. 1 brandbombe in einem getarnten, künftigen nazi-hauptquartier in der lichtenberger pfarrstr.
das haus wird zur zeit von mehreren faschos mit städtischer unterstützung ausgebaut. unter ihnen sind gründungsmitglieder der nationalen alternative(na), lichtenberger faschisten aus dem gebiet frankfurter allee süd und einige der oft verniedlichten jungfaschos (die „kids"). sie bauen mit abm-stellen, für geld, ihre schaltzentrale. diese schweine wollen dort nicht wohnen oder aus der fascho-szene aussteigen; das haus soll ein anlaufpunkt in der legalität werden, den alle dreckfaschisten nutzen können.
ihr „betreuer" aus dem umfeld der kirche ist entweder blind, oder besitzt eine ähnliche gesinnung, wenn er von harmlosen, netten jugendlichen quatscht, wenn er von einem jugendzentrum faselt, oder lügenmärchen über nazi-aussteiger erfindet.
das projekt zwischen stadtbezirk lichtenberg, teilen der kirche und den faschisten hat nun ersteinmal ein ende.
an alle faschisten überall:
diese bombe war eine warnung! niemand kam zu schaden! verdient habt ihr es nicht! wollt ihr auch einmal spüren, wie es ist bei lebendigem leibe zu verbrennen? wir können und werden euch alle kriegen; bedenkt das immer ihr schweine!

kampf dem faschismus/rassismus überall!

nazis vertreiben, ausländer(innen) bleiben!

eine antifaschistische gruppe

DIE SPEKULANTEN KOMMEN/UND SIE KOMMEN GEWALTIG. SCHICK SIND SIE/ UND GEWALTIG SAHNEN SIE AB DABEI/DASS UNSERE STADTTEILE ZU SCHICK FÜR UNS WERDEN.

KLEINES GEWERBE SCHMEISSEN SIE RAUS/SIE WUCHERN/SIE BEDROHEN MIETERINNEN/UND SIE SCHRECKEN NICHT DAVOR ZURUECK/BESETZTE ODER VERMIETETE HAEUSER NIEDERZUBRENNEN/DEN TOD DER SIE IN IHRER PROFITGIER STOERENDEN MENSCHEN BEWUSST IN KAUF NEHMEND. UNTERSTUETZT WERDEN SIE VON WBGs/DIE DAS GLEICHE TUN UND ODER HAEUSER VERKAUFEN/ VON SENATS UND BEZIRKSPOLITIKERINNEN ALLER COLOEUR/DIE IHNEN DEN BODEN BEREITEN UND Z.B. HÄUSER RAEUMEN LASSEN/ VON BUERGERINIS/ DIE SICH DAMIT ZUFRIEDENGEBEN/WENN DIE HAELFTE DERJETZTIGEN BEWOHNERINNEN NACH DER "NOTWENDIGEN STADTERNEUERUNG" WEITER HIER LEBEN KANN.

AUCH WENN ES DEN BONZEN UND DER INTELLEKTUELLEN BUERGERSCHICHT NICHT PASST: WIR BLEIBEN ALLE!

AM 20.10.91 HABEN WIR DAS BUERO DER WOLFF&PARTNER-IMMOBILIEN (SCHOENHAUSER ALLEE 65/HH/PATERRE) UNTER WASSER GESETZT/INDEM WIR EINE VERGITTERTE FENSTERSCHEIBE EINSCHLUGEN/DEN GARTENSCHLAUCH VOM HOF DURCHSCHOBEN UND KRAEFTIG AUFDREHTEN.

MOEGEN DOCH DIE AKTEN, KOMPUTER UND MOEBEL ALLER SCHWEINE UEBERN JORDERN GEHN.

UNS KAM ZU OHREN/DASS O.G. MAKLERINNEN BEREITS TUERSCHLOESSER VERKLEBT UND AUTOREIFEN ZERSTOCHEN WURDEN.

PHANTASIE UND WIDERSTAND STATT ABHAENGE!
WEHREN WIR UNS GEGEN ALLE "LEGALEN" UND ILLEGALEN ANGRIFFE AUF BESETZTE UND VERMIETETE HAEUSER!
GEGEN HAUPTSTADT UND OLYMPIA!

ROBIN WUT AUS DEM PRENZELHAIN

BesetzerInnen-
Zeitung

SUBVERSIV
SUBJEKTIV
SUBSTANTIELL...



erscheint 14-tägig, und kostet 2 DM. Abos in Knast und für Infoläden umsonst.

Redaktionsanschrift:
FS LAI (BZ)
Rüdesheimerstr. 54-56
1000 Berlin 33
oder
Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr. 10a
O-1054 Berlin

STRAUSBERG KOMMT! AUTONOMES JUGENDZENTRUM BESETZT!

Heute, am Sonnabend, den 26.10., haben wir, eine Gruppe von Jugendlichen aus Strausberg, eine seit zwei Jahren leerstehende Villa besetzt. Wir nehmen uns die Räume, die wir brauchen, um ein unabhängiges Jugendzentrum aufzubauen, ohne Bevormundung durch Stadtverwaltung oder Parteien - nachdem sie uns über ein Jahr lang mit leeren Versprechungen hingehalten haben. In der Villa mit Namen Eckertstein werden wir endlich den Raum für eine eigene, selbstbestimmte Jugendkultur haben, eine echte Alternative zu den Kommerz-Diskos, die hier jetzt hochgezogen werden, nachdem alles andere plattgemacht wurde. Wir haben uns viel vorgenommen: möglichst oft Konzerte, Disko, Videovorführungen, Ausstellungen, Kurse, Übungsräume für Bands, ein Café, und was uns in der riesigen Villa noch so einfällt. Villa Eckertstein soll ein wirklicher kultureller Gegenpol werden, gegen die Kommerzkultur und gegen die Faschos.

Und die beherrschen in den Dörfern um Strausberg herum - besonders in Eggersdorf, Fredersdorf und Petershagen - die Straße, gegen die Faschos gibt es dort keine organisierte Gegenkraft. Der größte Teil der Faschos sind wie überall Mitläufer, daneben gibt es aber einen harten Kern von etwa zehn "Älteren" (20 bis 25 Jahre), die zur FAP und zur NF in Berlin Kontakte haben, die auch schon mal mit Faschos aus Westdeutschland, England und den USA ihre Feten feiern. Ihr Terror ist ziemlich ätzend: immer wieder Angriffe auf Linke in der S-Bahn, ein Überfall auf eine Fete am "Herrentag" im Mai, Ende September ein Angriff von 40 Faschos auf das Flüchtlingsheim "Wesendahler Mühle" am Fängersee, bei dem sie Fenster eingeworfen und ein Auto entglast haben, Anfang Oktober Schändung des Strausberger Friedhofs mit Hakenkreuzen und Parolen wie "Asylanten raus". Aber es gab auch erfolgreiche Gegenaktionen, in Strausberg selbst ist die Lage relativ ruhig. Mit der Besetzung wollen wir versuchen, den Faschos das Wasser abzugraben, wir rechnen damit, daß um die 100 Jugendliche aus Strausberg und Umgebung zu Konzerten und Diskos in die Villa kommen.

Die Besetzung wird von uns so angelegt, daß wir mit den NachbarInnen ein erträgliches Verhältnis haben, daß wir in der Stadt möglichst gut verankert werden. Wie groß die Räumungsgefahr ist, wird sich erst im Laufe der Zeit herausstellen, auch in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung. Der Besitzer soll ein Rechtsanwalt aus Berlin sein, genaues wissen wir da noch nicht.

Wir brauchen eure Unterstützung! Also, wenn ihr Bands kennt, die bei uns spielen wollen, schickt sie her! Oder Videos, oder Performance oder...

Wir müssen an der Villa rumbasteln, sie gegen Angriffe sichern usw. Das heißt, auch hier brauchen wir Hilfe und Material, Möbel, Matratzen usw.

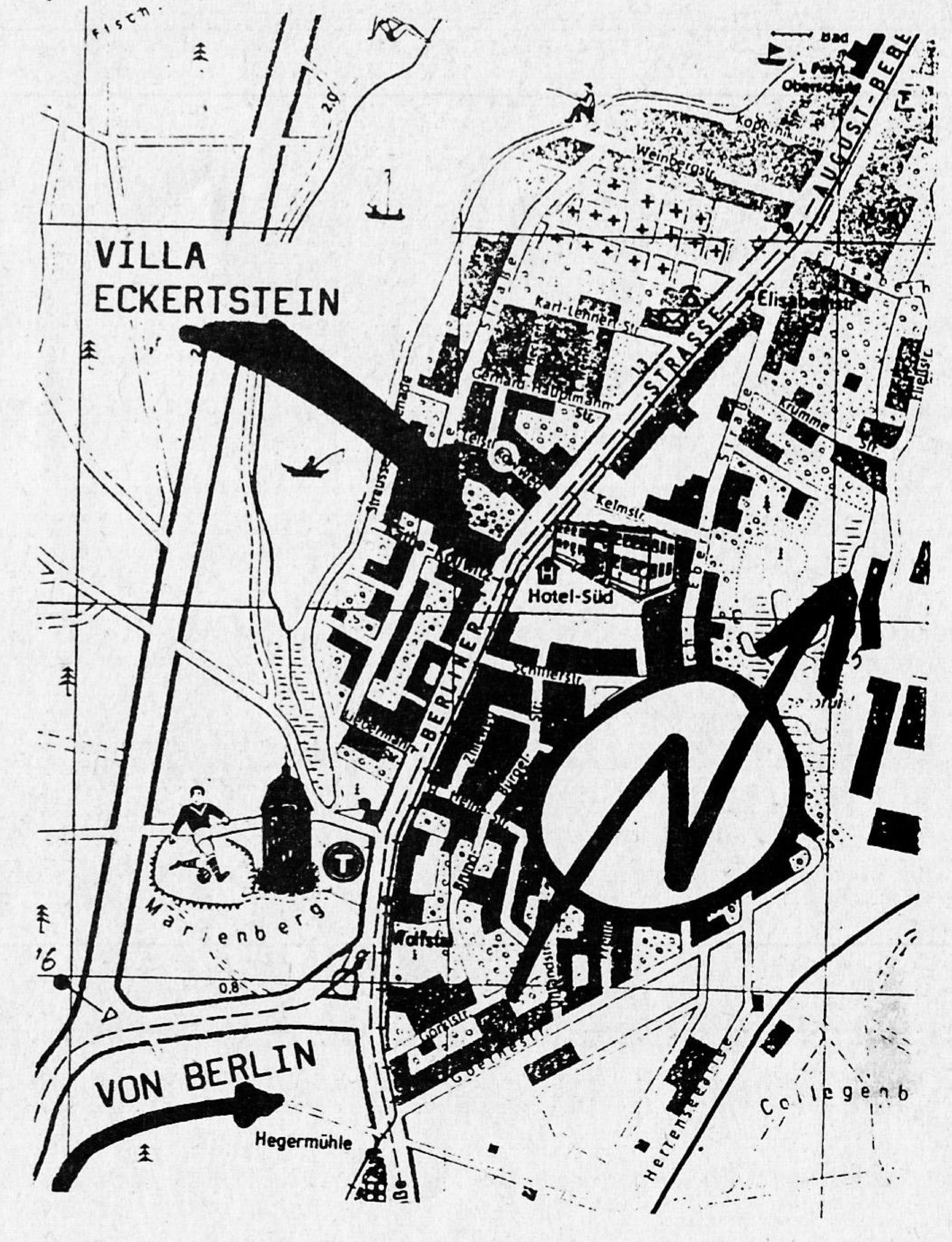
Bei massiven Fascho-Angriffen brauchen wir Schutz, eine schnelle Mobilisierung. Wir freuen uns über jede kontinuierliche Unterstützung, über Leute, die erst mal die Situation hier kennenlernen wollen.

So kommt ihr zur Villa Eckertstein:

Mit der S-Bahn: Haltestelle Strausberg (erste Station), mit der Straßenbahn Richtung Strausberg Stadt, aussteigen Käthe-Kollwitz-Str. Die Villa ist direkt gegenüber der Haltestelle. Fahrt immer in größeren Gruppen, besonders abends!

Mit dem Auto: Frankfurter Allee Richtung Frankfurt/Oder, nach dem Berliner Ring nach Strausberg, die Villa ist Berliner Str./Ecke Käthe-Kollwitz-Str.

Heute abend (Sonnabend) machen wir eine Disko, morgen abend spielt eine Band. Kommt massenhaft, ihr könnt hier auch pennen!





Villa Eckertstein besetzt!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wir Jugendliche in Strausberg sitzen seit über einem Jahr auf der Straße, hier gibt es absolut nichts für uns. In dieser Situation versumpfen viele in Kneipen, sie versuchen, sich mit Kommerz-Videos oder -Musik ihre Langeweile zu vertreiben. Alle Jugendclubs, die einst vorhanden waren, werden zu Höchstpreisen an Unternehmer, Makler und Gastronomen verscherbelt. Täglich begegnen wir der Gewalt auf der Straße, von Jugendlichen und zwischen Jugendlichen. Doch in der Stadtverordnetenversammlung werden nur Blasen gequatscht, bis heute ist nichts passiert, und es wird weiter so gehen: keine Räume für Jugendliche in Strausberg. Der letzte größere Ort für uns, ein kleiner Raum des »Kreisjugendrings«, an dem man sich trifft und quatscht, wird auch bald ausradiert. Die Disko, in der wir nicht gerne gesehen und öfter drangsaliert und herumgeschubst werden, macht auch bald dicht. Kultur und Freizeit sind in dieser Stadt tabu, oder sie werden dem Geld überlassen. In dieser Leere laufen Jugendliche in Scharen zu Fascho- und Skinhead-Gruppen, von den Medien auch noch hochgeputscht. Die Faschos »bieten« halt etwas: Suff und Schlägerei. Machen wir endlich Schluß damit! Ein Angriff auf das Flüchtlingsheim, eine Friedhofsschändung sind schon zuviel!

Uns bleibt nur, die Räume, die wir brauchen, selbst zu nehmen. An diesem Wochenende haben wir die seit zwei Jahren leerstehende Villa endlich besetzt. Damit wollen wir für ca. 100 Jugendliche aus Strausberg und anderswoher einen Freiraum schaffen, eigene alternative Ideen in Sachen Wohnen, Kultur, Freizeit, Reisen, Lernen, Arbeiten usw. verwirklichen, einfach selbstbestimmt leben. Wir wollen hier Wohnraum, ein Café und Räumlichkeiten für ein breites Kulturprogramm. Unser Haus soll ein Anlaufpunkt für Leute, egal welcher Herkunft sein, um den Schwierigkeiten und der Gewalt in unserer Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Wir haben viel vor: Arbeits- und Proberäume, auch Ateliers für Künstler, die bei uns ihre Kunst praktizieren wollen; Austellungen und Aufführungen; Zirkel und Kurse, die jede und jeder nutzen kann.

An die Stadt und den Besitzer: wir sind verhandlungsbereit. Aber wir sind der Meinung, das Haus sollte für kulturelle Aktivitäten zur Verfügung stehen – und nicht etwa gewerblich genutzt werden, denn dieses Haus ist geradezu genial für unsere Vorstellungen.

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner, wir hoffen auf Ihre Toleranz, Ihr Interesse und vielleicht auch auf Ihre Unterstützung!

Die Besetzerinnen und Besetzer der Villa Eckertstein

Für starke antifaschistische und antirassistische Demos im Wedding und in Moabit am 9. November!

Wie ihr sicherlich schon mitbekommen habt, will der Grüne-Bundesvorstand und die AL in Berlin am 9. November eine zentrale Demonstration "Gegen Gewalt und Fremdenhaß" durchführen. Unterstützt wird diese Demo auch von einem Teil des Senats, also der SPD. Zahlreiche "Prominente" unterstützen den Aufruf und es stehen aber auch Gruppen/Leute drunter, die erklärt haben den Aufruf nicht unterzeichnet zu haben.

Dieser Kreis und andere bilden ein sognanntes "Berliner Bündnis" zu dieser Demo. Vertreten sind dort Friko, Internationalismus-Gruppen, ausländische Gruppen, PDS, Jusos und andere. Sie haben in den letzten Wochen versucht Einfluß auf die zentrale Demo zu nehmen, d. h. mit einem eigenen Aufruf zu mobilisieren und eigene RednerInnen zu stellen (Forderung 50%!). Bislang sind sie bei den Grünen/AL abgeblitzt. Dazu später mehr.

Wir haben uns jetzt relativ kurzfristig entschieden stadtweit, jeweils für eine Demo im Wedding und in Moabit zu mobilisieren, die auf der Putlitzbrücke zusammentreffen sollen. Diese Aktion werden dort schon seit einigen Wochen bezirklich vorbereitet und hätten unabhängig von "zentralen" Aktionen dort stattgefunden. In Moabit vom Antifaschistischen Aktionsbündnis und im Wedding von unabhängigen Gruppen. Nach einer Abschlußkundgebung auf der Putlitzbrücke soll eine Veranstaltung in der Kulturfabrik-Lehrterstraße 35 mit aktuellen Filmen über Neofaschismus und Rassismus und der Eröffnung eine Antifa-Ausstellung "Männer für's Grobe - der schlagende Arm der rechten Bewegung" stattfinden.

Wir rufen alle Gruppen und Leute, die in dieser Stadt eine antirassistische Politik unterstützen sich an der Mobilisierung zu beteiligen.

Wir können keine gemeinsame Demo mit AL/SPD akzeptieren,

- die "für eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik" (Aufruf Grüne/AL) eintritt und nicht für die Abschaffung der diskriminierenden Sondergesetzgebung.

- die die Beendigung der "Debatte über die Einschränkung des Asylrechts nach Artikel 16" (Aufruf Grüne/AL) fordert und gleichzeitig als Errungenschaft vermittelt, daß Flüchtlinge in Sammellagern interniert werden sollen, um sie schnellstens und massenhaft abschieben zu können.

- die "gegen Gewalt" aufruft, und damit denjenigen in den Rücken fällt, die tagtäglich dem rechten Terror ausgesetzt sind und sich wehren usw. usw.

Wie haben einzelnen Leuten aus dem "Berliner Bündnis" erklärt, daß wir eine gemeinsame Abschkußkundgebung, wo oben kritisierte Positionen ganz eindeutig im Mittelpunkt stehen, für uns nicht in Frage kommt. Wir halten das Vorgehen des "Berliner Bündnisses" gerade nach dem Treffen letzten Freitag im "Haus der Demokratie" für fatal:
Sie degradiert die antirassistische und antifaschistische Bewegung in dieser Stadt zu Bittstellern bei den Grünen/AL/SPD und zu dessen Anhängsel!
Wir halten die Argumentation für unglaubwürdig, nur weil dort viele Menschen hingehen würden, müßten wir mitmachen und unsere Positionen aufgeben bzw. verwaschen lassen. Diese Menschen können wir tagtäglich erreichen und wahrscheinlich eher durch eine Demo im Wedding und in Moabit!

Desweiteren halten wir das "zentrale" an dieser Demo für einen schlechten Witz: Aus mehreren Städten ist uns bekannt, das dort Aktionen zum 9. November laufen bzw. den Grünen eine Abfuhr erteilt wurde.
Deshalb rufen wir alle auf:

Beteiligt euch an der Vorbereitung und Mobilisierung für starke antirassistische und antifaschistische Demos im Wedding und in Moabit.
Macht eigene Aufrufe!

Demotreffpunkte:

Wedding 10.30 Uhr Leopoldplatz
Moabit 11.00 Turmstr. (Hertie)
Abschluß ca. 13.00 Uhr auf der Putlitzbrücke

VV zum 9.November am 4.11.91 im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 1/61

Antifa Gruppen aus Wedding, Moabit, Kreuzberg und Antifasist Genclik

Plakate gibt es ab sofort im

- Ex, Mehringhof (Kreuzberg)
- Halk-evi, Kottbusserdamm 74 (Neukölln)
- Clash, Martin Opitzstr. Ecke Uferstr.(Wedding)



Gedanken zur Demo am 9. November

am 9. november wollen die bundesgrünen/al mit unterstützung der spd eine bundesweite demo "gegen ausländerfeindlichkeit" veranstalten.
momper (spd, natürlich mit roten schal) und konrad weiß (bündnis 90/die grünen, mit sticker : "mach meinen kumpel nicht an"), arm in arm an der spitze der demo.
die moralische beruhigung für all jene deutschen, die weiter beim italiener um die ecke essen gehen wollen, mikis theodorakis "echt stark" finden und überhaupt: "mein kollege ali ist gar nicht so, der arbeitet fleißig".
den organisatoren der demo geht es gar nicht um die formierung eines widerstandes gegen faschistischen terror, sondern um die präsentation ihrer worstellung einer "multikulturellen gesellschaft".
die rechte mehrheit der grünen hat sich spätestens auf ihrem letzten bundesparteitag von einer poltik der offenen grenzen verabschiedet. mit ihrer vorstellung eines einwanderungsgesetzes nahmen sie endgültig partei für die selektionspolitik der herrschenden gegen die migrantInnen.
die unkontrollierte wanderungsbewegung von menschen aus dem süden und zunehmend auch aus dem osten als antwort auf die zerstörung ihrer lebensgrundlagen durch das kapitalistische weltwirtschaftssystem soll gestoppt werden.

hierher kommen und hier bleiben sollen nur jene immigrantInnen, die für das kapital verwertbar sind. für menschen, die sich dieser verwertbarkeit entziehen, wie z.b. die sinti und roma, gibt es in dieser konzeption keinen platz. sie werden schon an der grenze vom bgs gejagt, hier permanent von bullen kontrolliert und schikaniert, ihre daten werden in faschistischer kontinuität in eigens dafür eingerichteten dateien gespeichert.
zusätzlich zu diesen staatlichen angriffen gegen die migrantInnen erleben wir verstärkt in den letzten monaten die bewusst inszenierte völkische mobilisierung gegen migrantInnen. tagtäglich werden sie von nazis und faschobürgern angegriffen, mißhandelt und umgebracht, während die bullen zuschauen oder mal ñen paar nazis hopsnehmen, damit sie ein paar tage später im fernsehen mit ihren "heldentaten" prahlen können.
über die rolle der spd in dieser völkischen mobilisierung wollen wir gar keine grossen worte mehr verlieren. wir denken, die rassistische hetze von lafontaine, wedemeier und co ist allgemein bekannt. ebenso wie die ergebnisse der parteiengespräche von spd, cdu/csu und fdp zur "lösung der asylproblematik": errichtung von internierungslagern, abschaffung der eh schon minimalen juristischen einspruchsrechten von flüchtlingen, perfektionierung der erkenntnisdienstlichen erfassung, usw
angesichts all dessen könnte man zu dem schluß kommen, diese "multikulturellen" rassisten auf ihrer demo einfach alleine zu lassen. nur sehen wir die wahrscheinliche möglichkeit, daß aufgrund der tatsche, daß die radikale linke es nicht geschafft hat auch nur ansatzweise artikulations- und handlungsmöglichkeiten gegen faschistischen terror anzubieten, viele menschen, die ernsthaft etwas tun wollen, zu dieser demo gehen.
deshalb schlagen wir vor, sich massivst und vorbereitet an dieser demo zu beteiligen und zu verhinderen, daß reaktionäre spd-schweine und "realpolitische" grüne rassisten mitlaufen können, bzw. sie zu zwingen, sich von den bullen schützen zu lassen und damit zu verdeutlichen, wo sie stehen.

FÜR FREIES FLUTEN GRENZEN AUF FÜR ALLE SCHLAGT DIE RASSISTEN WO IHR SIE TREFFT

SCHLUSS ! AUS ! BASTA !

Die deutschen haben ein feines Gespür für ihre Geschichte: Am 09.11.89 jährte sich die Reichspogromnacht zum 61. Mal - es gab scheinbar keinen geeigneteren Zeitpunkt für den Fall der berliner Mauer...

Seit diesem Tag sind wir ImmigrantInnen, Schwarze deutsche, Jüdische, binationale und im Exil lebende Frauen und Männer in diesem Land unseres Lebens nicht mehr sicher.
Von Hamburg bis Freiburg, von Saarlouis bis Görlitz werden Jüdische und Islamische Friedhöfe geschändet, rassistische und faschistische Parolen gesprüht und skandiert, werden wir auf der Straße, in der U-Bahn, am Arbeitsplatz, in der Schule und in unseren Wohnungen bedroht und tätlich angegriffen. Wir werden angepöbelt, angespuckt, geschlagen, auf Bahngleise geworfen, verbrannt, erstochen, ermordet.
Die deutsche Regierung, ihre Polizei und die deutschen Medien schützen in guter alter Tradition die deutschen FaschistInnen.

Auf unserer bundesweiten Kundgebungsreihe, die am 28.10.91 beginnt und überall wöchentlich montags zur selben Zeit stattfinden wird, werden wir gegen die Pogrome protestieren und uns bemerkbar machen. Wir werden das vorweihnachtliche Berlin stören und über die tatsächliche Anzahl und die faktischen Hergänge der rassistischen und antisemitischen Angriffe gegen uns informieren. Die Regierenden und die Nichtregierenden, die Privilegierten dieses unseres Landes (!), die es sich leisten können zu feiern und zu ignorieren, während wir ermordet werden, sollen unsere laute und zornige Stimme hören.

WIR RUFEN ALLE FRAUEN UND LESBEN DIESER STADT AUF SICH MASSENHAFT UND REGELMÄßIG AN UNSEREN KUNDGEBUNGEN ZU BETEILIGEN !!

Kommt geschlossen zu den Kundgebungen und verlaßt sie geschlossen!
Frauen und Lesben achtet auf einander !

Unsere Forderungen:

- Bleiberecht für alle
- Sofortige Beendigung der sogenanten Asyldebatte
- Stop der Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern
- Stop der Verschickung von Flüchtlingen in die "neuen Bundesländer"
- Frei Wahl des Wohnortes für alle Flüchtlinge
- Anerkennung frauen-spezifischer Asylgründe
- Sofortige Beendigung der rassistischen/antisemitischen Medienhetze
- Sofortige Abschaffung der rassistischen "Ausländer-gesetzgebung"
- Aktives und passives Wahlrecht für alle
- Quotierung in allen Gremien, Projekten etc.
- Schaffung von Antiras-sismusgesetzen
- Gesetzlich verankertes Recht auf Selbstverteidigung bei rassistischen und anti-semitischen, sexistischen und faschistischen Angriffen

Protestkundg...

von/für Frauen und Lesben

Montag 28.10.91
17.00 - 18.00 Uhr

Kudamm Ecke Joachimsthalerstraße
(gegenüber Cafe Kranzler)

IMMIGRANTINNEN, SCHWARZE dEUTSCHE, JÜDISCHE, BINATIONA UND IM EXIL LEBENDE FRAUEN UND LESBEN GEGEN rassistische UND faschistische Gewalt

anläßlich
neuerer merkwürdiger Umgangsformen unter Autonomen,
nämlich:
dem Köpfe-einschlagen von Genossen, dem Versuch von männlichen Vermittlern Verständnis zu üben und Gewalt unter Genossen als normale Auseinandersetzungsform anzuerkennen, sowie der Aufnahme eines weiteren politischen Mittels, dem Androhen persönlicher Rache ("wehe wir erwischen dich mal nachts allein auf der Straße im Kiez"*)

* Zwischenbemerkung: den Männern muß ichs wohl extra erklären: als Frau krieg ich hier einen mächtigen Würgreiz.
Vielleicht erinnert sich die ein oder andere, daß die Genossen uns auf der Hoyerswerda-NachbereitungsVV mitgeteilt haben, daß sie es nicht mehr zulassen werden, sich als Macker und Vergewaltiger(!) beschimpfen zu lassen. Wieso ziehen sie sich das an?

hier nun eine kleine Geschichte vom Verrat unter Linken und was das alles mit Lenin zu tun hat
Ich will nicht vom Verrat der AussteigerInnen schreiben, sondern vom Verrat der Auf-die-richtige-Linie-bringer.





Wir Linken haben eine Geschichte. Die hat nun mal eine Menge mit Marx und Lenin zu tun. Das marxistisch-leninistische Organisatinskonzept hatte eine gewisse Erfolgsziffer, was auch zu erklären ist, da sich ihre Politik wesentlich an Effizienskriterien ausrichtet. Der Gedanke war ungefähr der: Der Kapitalismus in seinem letzten Stadium, von Fäulnis zersetzt und zur Bestie geworden, wird sich mit den unsaubersten menschenverachtensten Mitteln gegen seine Überwindung (sprich: Revolution) wehren, so daß unsere einzige Chance darin besteht, uns sein know-how anzueignen und ihn mit seinen Mitteln kraft unserer Entschlossenheit zu schlagen.
Beispielsweise ist die Arbeiterklasse, mal abgesehen davon, daß sie sowieso als einzige ein Interesse an der Überwindung des Kapitalismus hat, auch als einzige dazu in der Lage, weil nur sie über die - im kapitalistischen Arbeitsprozess gewohnte - Disziplinierung verfügt, die nunmal von Nöten ist, um ein so bestialisches und menschenverachtendes System, daß sich mit allen Mitteln gegen seinen Untergang wehren wird, zu überwinden.

Das alles soll heißen: Die Befreiung des Individuums findet nicht vor der Revolution statt, auch nicht im revolutionären Prozess (diese Variante gibts dann später bei der RAF) und auch danach nicht gleich, weil mensch dann erst mal in die lange mühevolle, arbeitsame Phase des Sozialismus eintritt, in der irgendwas passieren soll, jedenfalls kommt am Ende der Kommunismus raus.
Die Revolution verändert nur die Produktionsverhältnisse, genau gesagt eignet sie sich die Kontrolle über die - bitte hochentwickelte - Produktion und Verteilung an. (Und bloß keine Revolutionen in Trikontländern, die noch nicht mal eine eigene Bourgeoisie haben!)

So - zurück zur Wahl der Mittel.
Die Frage nach der Wahl der Mittel habe ich bereits beantwortet: Alle sind erlaubt, um so was bestialisches wie den Kapitalismus zu überwinden.

Das mag mensch ja noch einsehen.
Fatal wird diese Position erst (oder besser: kann werden) in Verbindung mit einem leninistischen Organisationskonzept.

Ich hole weiter aus:
Marx hatte eine ganz passable Methode entwickelt, die nennt sich dialektischer Materialismus und funktioniert so:
Auf der Grundlage, daß wir keine Idealisten sind (also weder an Gott noch einen Weltgeist oder ein uns unbekanntes übergeordnetes Ziel alles Weltgeschehens glauben), betreiben wir eine Gesellschaftsanalyse, welche immer wieder in der Praxis überprüft wird, um dann wiederum die Gesellschaftsanalyse zu korrigieren, usw. (das ist dann die Dialektik). Also: permanentes Überprüfen, lernen, kritisieren, verändern und wieder überprüfen. Klingt gut.

So - und jetzt zu Lenin und der Erklärung warum ML-Gruppen zwar Bündnispartner aber nicht unseresgleichen sind und warum wir keine Stalinplakate auf unseren Demos mögen.

Die leninistische KP versteht sich als Avantgarde (Vorreiterin, Vorausdenkerin). Sie ist streng hierarchisch aufgebaut. Sie ist basisdemokratisch in dem Sinne, daß von unten nach oben gewählt wird, wenn überhaupt möglich, bei all der Notwendigkeit zur

Klandestinität.

Dann bleibt mensch als Parteibasis nur noch übrig den Kadern zu vertrauen, welche für mensch wegen ihrer völligen Hingabe und persönlichen Opferbereitschaft die Helden der Geschichte darstellen (die "Besten" sozusagen). Die Kader geben die Generallinie heraus, welcher mensch sich fügen muß, auch wenn mensch sie nicht versteht.

Die Entscheidungsprozesse innerhalb der Kader laufen nicht nach dem Konsensprinzip ab. Überstimmte GenossInnen müßen sich einer Entscheidung fügen und sie auch dann vertreten und nach ihr handeln, wenn sie nicht überzeugt werden konnten.

Jetzt kann es mensch als kleinem Parteimitglied passieren, daß ein Kader an sie oder ihn herantritt und von ihr/ihm die Ausführung einer Arbeit im Auftrag der Revolution verlangt. Er wird ihr oder ihm aus Gründen der Klandestinität nicht mehr Informationen als nötig geben. Als gutes Parteimitglied im besten Vertrauen, daß die aufrechten GenossInnen mensch nicht verheizen werden, übernimmt mensch, sowieso immer abrufbereit, einen, vielleicht gefährlichen, Auftrag, von dem sie/er weder Bedeutung, noch Sinn und Zweck kennt, geschweige denn an dessen Notwendigkeit sie/er mitdiskutiert hat. Die Verantwortung trägt die Parteispitze, welche mensch die Direktive gegeben hat. Unter Umständen kann dein Auftrag auch lauten, deinem langjährigen unmittelbarem Genossen + Mitkämpfer, welcher inzwischen leider zum schädlichen Element verkommen ist, in den Rücken zu schießen.

An dieser Stelle gleich ein paar Worte zur in letzter Zeit viel zitierten Selbstkritik.

Die Selbstkritik, so wesentliches Element der marxschen Dialektik, verkommt in einer solch religiös anmutenden Vereinigung zu einem bloßen Reinigungsritual.

Sie kann von mensch verlangt werden, um mensch wieder auf die richtige Linie einzuschwören. Mensch muß nur von ihren/seinen ketzerischen Ideen ablassen und eingestehen, daß die Partei recht hat. Es ist manchmal klug das zu tun, auch wenn mensch sich gar nicht schuldig fühlt.

Als Parteimitglied ist es deine Pflicht, die von der Parteispitze ausgegebene Generallinie, ob verstanden und geliebt oder nicht, konsequent gegen AbweichlerInnen in den eigenen Reihen zu verteidigen. Mensch darf nie vergessen, daß die Sache über allem steht und große Opfer verlangt: Disziplinierung, Kasteiung und manchmal eben auch wiederwärtige Handlungen und Verrat.

Die richtige Linie innerhalb der Partei durchzusetzen, kann, wie gezeigt (und in diesem Jahrhundert geschehen) zu wahren Katastrophen führen.

Was ist denn dann bloß mit anderen linken Gruppen die explizit nicht die richtige Linie haben? Dazu im folgenden.

Die KP hat den Führungsanspruch gegenüber dem einzigen revolutionären Subjekt (früher mal die Arbeiterklasse) und verteidigt diesen gegenüber anderen Gruppen, die sich um Einfluß auf das revolutionäre Subjekt bemühen (mit allen Mitteln, je nach historischer Situation, hatten wir ja schon), weildie einzigen, dies geblickt haben, sich in der Partei befinden.

Jetzt erzähle ich, was die MLerInnen von uns halten und wie ihre schlimmste Praxis gegen uns aussieht.

Zunächst die AnarchistInnen. Bereits Marx fand, daß was mit denen nicht stimmt. Er war dann auch recht skrupellos, wenn es darum ging, es so einzurichten, daß sie bei einer wichtigen Abstimmung nicht anwesend sind.

Er mochte auch die MaschinenstürmerInnen nicht (die, welche die Maschinen zerschlagen, anstatt der Kapitalisten). Sabotage war für ihn Ausdruck unterentwickelten Bewußtseins (und keine mögliche Widerstandsform). Und die SozialrevolutionärInnen mochte er auch nicht.

Lenin hat das dann alles auf den Punkt gebracht:

Die Anarchisten sind kleinbürgerlich, nur an der Herstellung eines allumfassenden individuellen bürgerlichen Glücksgefühls interessiert.

Ihre Methoden sind terroristisch und finden nicht die Zustimmung der Massen.

Und dann gibt es da noch all die kleinbürgerlichen Linksradikalen (da würden wir, die Autonomen heute drunterfallen), die auf Linie zu bringen bzw. zu bekämpfen sind.

Liest mensch ihre Bücher (z.B. Lenin zur "Kinderkrankheit Linksradikalismus"), so gehört mit allen linken Gruppen außerhalb der Partei aufgeräumt. Langfristig. Denn bis zum Tage der Revolution ist es - im Kampf mit allen Mitteln - möglicherweise notwendig, mit diesen Gruppen Bündnisse zu schließen oder Kampfeinheiten zu bilden.

Klar und deutlich: Das Verhältnis von ML-Gruppen (und bedingt auch solcher mit denselben Methoden) zu uns Autonomen ist ein rein taktisches. Sie haben deutlich ausgesprochen (und geschrieben), daß ihr einziges Interesse an uns darin liegt, uns zu funktionalisieren, solange ihre eigene Stärke nicht ausreicht.

Im Revolutionsprozess **werden nach** der **Machtübernahme** durch die Partei (entschuldigung, das Proletariat) die Konterrevolutionäre bekämpft. **Zuerst im** geeinten linken **Kampfbündnis, dann die ersten** Konterrevolutionäre in so einer Revolution sind die Reste der **zerschlagenen** Bourgeoisie und diejenigen des **wankelmütigen** Kleinbürgertums, welche sich eindeutig auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen haben (manchmal sind das global die Bauern).
Die nächsten Konterrevolutionäre, die **ausgemacht** werden, sind dann die AnarchistInnen, Danach kommen dann sämtliche kleinbürgerliche linksradikale Elemente und **zum** Schluß wird in den eigenen Reihen aufgeräumt.

Mein Schlußwort:
Ich wollte eigentlich Geschichte erzählen - Die Geschichte des letzten Jahrhunderts. Was ich jetzt gemacht habe, ich habe den Hintergrund schlimmster Geschehnisse beschrieben, zu deren Wiedergabe ich emotional nicht in der Lage war. Ich habe versucht ein bestimmtes Politikverständnis zu beschreiben, aus dem sich eine entsetzliche Praxis ableiten läßt. Mir verbleibt nur darauf hinzuweisen, daß diese Praxis stattgefunden hat, daß es eine Geschichte von Verrat unter GenossInnen gibt.
Und es ist unsere Geschichte - die der Linken. Was wir heute sind und vertreten hat sich in Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, mit linker Praxis und linker Theorie, entwickelt.
Deswegen haben wir, die Autonomen, andere Prinzipien entwickelt, ein anderes Politikverständnis und andere Umgangsformen. Daran wollte ich erinnern. Und darauf hinweisen, daß es heute einen Fortbestand bestimmter Praxen gibt (bzw. eine Rückbesinnung auf sie), die ich aufs tiefste verabscheue. Ich wollte damit sagen: Wir sind in unseren Erfahrungen und in unserer konkreten Utopie über vieles bereis hinaus, was ich verdammt nochmal nicht wiederholen möchte.

Eine Autonome

Vergewaltigung

Diese Broschüre ist geschrieben von einer Göttinger Frauengruppe, nachdem eine ihrer Frauen vergewaltigt worden war und einen Prozeß gegen den Vergewaltiger geführt hatte.
Sie ist geschrieben für Frauen, die sich in gleicher Situation befinden oder die sich Gedanken machen wollen, wie Frauen auf Vergewaltigungen reagieren können.
Unsere Frauengruppe besteht schon fünf Jahre und wir haben zum Teil schon vorher und dann gemeinsam unsere Erfahrungen mit der bürgerlichen Justiz gemacht. Wir wissen, daß Polizei und Justizapparat Leute wie uns verfolgen, wenn wir unsere Kritik an diesem Staat nicht nur laut sagen, sondern für die Veränderung auch etwas tun.
Trotzdem mußten wir in *dieser* Diskussion feststellen, daß uns unsere Erfahrungen allein nicht ausreichten, um zum Beispiel die Frage, ob »Anzeige - ja oder Nein?« bei Vergewaltigung zu entscheiden.
Unsere Erfahrung war, daß es wenig Geschriebenes gibt, das Frauen helfen kann, mit dieser Situation umzugehen.
Wir liefern keine fertigen Antworten, sondern beschreiben unsere Widersprüche und

Schweigen?
Anzeigen?
Angreifen?
Anprangern?

wollen damit zum Denken und Diskutieren anregen.
Der Schwerpunkt liegt auf persönlichen Eindrücken und den Prozeßerfahrungen. Informationen werden zur konkreten Prozeßvorbereitung geliefert, ansonsten verweisen wir auf dazu vorhandene Stellen und Material.
Die Broschüre hat 60 Seiten und kostet 6 DM.
Sie ist zu bestellen bei: *Laura* - Göttinger Frauen- und Kinderbuchladen, Burgstr. 21, 3400 Göttingen, Stichwort: Miss Marple. Einzelexemplare nur gegen Verrechnungs_scheck.

INHALT

Soziale Revolution * gegen Großdeutschland

Der folgende Aufsatz soll die grundsätzliche Kritik an der geplanten Anti-Weltwirtschaftsgipfelkampagne 1992 der autonomen und antiimperialistischen Linken verdeutlichen, indem er zu einer Analyse und Aufarbeitung der Metropolenrealität von unten orientiert. Deswegen ist dieser Diskussionsbeitrag nicht nur an die an der WWG-Kampagne Interessierten gerichtet, sondern schlägt eine Diskussion über die Perspektiven revolutionärer Politik in der BRD vor, die nicht an eine einmalige Mobilisierung gebunden ist, die daran Beteiligten aber einbezieht.
Der Text setzt beim Stand der in den Autonomen als Krisenlösung betrachteten Organisierungsdebatte an, um diese Diskussion vom Kopf auf die Füsse zu stellen. Diesem hohen Anspruch wird dieses Papier sicher nicht gerecht: aber es soll Ansatzpunkte für eine zukünftige, kollektive Diskussion liefern.

DIE ORGANISIERUNGSDEBATTE UND IHRE KRISE

Die Organisierungsfrage innerhalb der autonomen Linken bewegt sich in einem typischen linksradikalen Dilemma: die Autonomen kritisieren und lehnen die sozialdemokratische Organisierung ab (d.h. Massen/Mitgliedspartei oder "revolutionäres bzw. Klassenbewußtsein wird auf Mitgliedschaft und quantitative AnhängerInnenschaft mechanisch reduziert), wenden sich gegen leninistische Avantgarde-Modelle/institutionalisierte Führung (d.h. Partei als unabhängig fixierte Wahrheitsinstanz, Führungspartei, in der die Basis nur eine Funktion ist) und landet dann manchmal vage bei einer theoretischen Verständigung von Zirkeln (z.B. die radikale Passivität der Autonomen Studies Freiburg, deren Ausweg bloßer theoretischer Arbeit von Zirkeln fatal an die Situation von Linksradikalen in der Weimarer Republik - KAPD,AAUD - erinnert). Alles in allem ist die Kritik praktisch nicht wirklich treffend: die Sympathie innerhalb der autonomen Linken für die PDS hält sich in Grenzen, und der altbackene Stalinismus z.B. von "Radikal brechen" hat kaum eine Resonanz. Diesen Organisationen formal ein Räte-Modell entgegenzustellen (wie es AnarchistInnen tun) ,würde die Organisierungsfrage auf einen ideengeschichtlichen Streit abheben, der mit einer für alle Zukunft bereits gefundenen Wahrheit die Geschichte beendet "Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr"Karl Marx, Das Elend der Philosophie) oder wie es ein Genosse in der alten Radikal über AnarchistInnen formulierte:" dort stehengeblieben, wo es in der Geschichte am schönsten war "(was nicht nur ihr Fehler ist!).
"Die Organisierungsfrage" stellt sich also anders, ist eine andere: nicht um ein neues Schemata zu erfinden, sondern sie muß ihre Substanz beweisen, indem sie die Frage als Frage der praktischen Politik stellt, zur Klärung auf dem Boden der praktischen Politik zwingt. Dann erweist sie sich nicht als abstrakt prinzipielle, sondern als praktische Kritik an der Organisierung der autonomen Linken, wenn ihr Ziel die erneute Offensive der "sozialen Revolution" ist.

MODELL DEUTSCHLAND GEGEN MASSENAUTONOMIE

Um eine Ausgangslage für die Analyse der heutigen Situation zu erlangen, um eine geschichtslose Dynamik von "Bewegungsstürmen" und "Flauten" zu verlassen, sollen die gesellschaftlichen Veränderungen entziffert werden, die den behaupteten Boden der Defensive der "sozialen Revolution" bereitet haben. Zum Ausgangspunkt wurde Karl-Heinz Roths Vortrag "Modell Deutschland gegen Massenautonomie", gehalten in Mailand im November 1977, gewählt, nicht weil dieser Text politisch ohne jeden Fehler und Widerspruch ist, sondern weil er übergreifend die Situation in der BRD bis 1977 darlegen will.

K.H.Roths Redebeitrag entstand unter dem Eindruck vom "Deutschen Herbst 1977" (Schleyer-Entführung, Mogadischu, Morde in Stammheim), der von Linksradikalen als Teil der Konzeption eines abgestuften Vernichtungsangriffs gegen sie empfunden wurde. Im ersten Abschnitt schilderte er die Ereignisse seit Juli/August 1977: die Niederschlagung des Hungerstreiks der Gefangenen um Rückgängigmachung der Haftverschärfungen, und das "langsame Sterben" in den Knästen: eine Herausforderung für das gesamte Spektrum der Massenbewegung. Die Handlungsunfähigkeit der linken und autonomen Basisinitiativen führte zum Entschluß des Alleingangs der bewaffneten Gruppen."Ihre Niederlage war angesichts der Über-Terroristen des kleinen Krisenstabs von vorneherein abzusehen. Erstmals wurde der bewaffnete Existenzialismus über den Punkt hinausgetrieben, wo er seine Gewalt direkt gegen die Massen kehrte. Die aus Verzweiflung geborene statistische Geiselnahme wurde vom Krisenstab in ein Scharnier der Angst verwandelt, das einen breiten Konsens mit der neuesten Phase des "Modell Deutschland"herbeiführte. Die Bestialität des sozialdemokratischen Machtstaats des Kapitals verfügte über eine neue Moral."K.H.Roth bezeichnete die Konsolidierung des kleinen Krisenstabs als inneren Staatsstreich: "Er (der innere Staatsstreich) war von der Provokation einer neuen Welle der Verzweiflung ausgegangen. Er hatte das Verlöschen seiner seit Jahren gefangengehaltenen Geiseln beschleunigt, um den Prozeß der existenzialistischen verselbstständigung revolutionärer Gegengewalt zu sichern und als Vehikel seines eigenen Über-Terrorismus aufrechtzuerhalten. Das erste Nahziel, auf das sich die Allparteienkoalition einigte, war die Vernichtung der RAF-Gefangenen." K.H.Roth spitzt das Ziel des inneren Staatsstreichs zu:"der Endlösung gegenüber den RAF-Gefangenen entspricht die geplante soziale Ghettoisierung der gesamten autonomen Massenbewegung(die von K.H.Roth benutzten Begriffe Massenautonomie bzw.autonome Massenbewegung entsprechen nicht der heute geläufigen Selbstbezeichnung Autonome, autonome Szene/autonomes Spektrum) in Westdeutschland. Die herrschende Macht hat alle ihre Strukturen,Institutionen und Medien darauf festgelegt, die erstmals durch die Flugzeugentführung kollektivierbar gewordene Angst vor dem bewaffneten Existenzialismus zu konzentrieren und gegen das breite Geflecht der autonomen Basisbewegungen umzuleiten...bis Stammheim-Mogadischu war der kapitalistische Machtstaat außerstande,Interventionspunkte gegen diese, dem "Modell Deutschland" absolut gegenläufige Tendenz ausfindig zu machen... er ernennt sie zum Vorfeld der Mogadischu-Akteure, zum Sumpf, der auszutrocknen sei." Der Staat betrachtet zum erstenmal den Bruch, den die Basisinitiativen vollzogen haben, indem sie sich den mörderischen Arbeitsrythmen entziehen, die kernfamilien durch Wohngemeinschaften ersetzen, Disziplinargewalt, Zeugnisse und soziale Integration verweigern, von sich aus als unheilbar. Da das Geflecht der autonomen Gruppen undurchdringlich geworden ist und sich nicht mehr von innen heraus spaltbar darstellt, wird es nur noch von außen eingekreist." Gegen die Zersetzung des Machtstaats wurde eine Barriere der projezierten Ängste entgegengesetzt, die sich im Bild des terroristischen Untermenschen verdichten. Parallel dazu lief die Praxis der Verpolizeilichung des Isolationsprozeßes, dessen Funktion die Angstbesetzung der Aggregationspunkte der Bewegung durch Polizeiüberfälle (auf Jugendzentren,Wohngemeinschaften,regionale Zeitungen), die Verfügbarmachung der Subjekte für alle Arten des Zugriffs, indem sie zu isolierten Bezugspunkten,Daten für die Polizeicomputer werden, ist.
Im zweiten Abschnitt versucht K.H.Roth nachzuweisen, daß die autonomen Basisbewegungen seit 1974/75 imstande gewesen wären,"innerhalb des Krisenstaats mit seiner Politik der Philipskurve ein selbstorganisiertes Geflecht zu stabilisieren, das das Modell deutschland unterwuchert und zersetzt" charakterisiert durch ein merkwürdiges Wechselverhältnis von Verweigerung und positiven Alternativen. Als Ausgangslage des von ihm als "Ausweichen vor einem System potenzierter Gewalt" bezeichneten Situation ist für ihn die zentrale Erfahrung aller sozialrevolutionären Gruppen seit 1973/74 der "bedingungslosen Kriminalisierung des direkten Konflikts", gegen die sich alle traditionellen Taktiken und Strategien der Linken als aussichtslos erwiesen hätten. Er bezeichnet die Überwachung als "eine zentrale Antwort des Krisenstaats auf die Bereitschaft größerer Minderheiten der Klasse, in den Betrieben ohne institutionelle Vermittlung zu kämpfen, und sich in der Gesellschaft den sozialen Reichtum anzueignen."Die Überwachung mittels Personaldatensystemen, Überwachungsanlagen in Betrieben, Universitäten, Stadtbezirken, Nahverkehrssystemen und Einkaufszonen wird als unsichtbarer Belagerungszustand bezeichnet.

Dieser Zustand wäre gekoppelt an eine systematische Institutionalisierung der Konfliktbereitschaft: Integration in Gewerkschaftsjugend, Sektionen der Gewerkschaften, Vertrauenskörperapparaten,universitären Selbstverwaltungsgremien und Fakultätseinrichtungen. Er bestätigt die Teilnahme von militanten Teilen der Massenbewegung am "langen Marsch durch die Institutionen", der aber an der Unerbittlichkeit des Machtstaats gescheitert sei; der Traum von der Öffnung und Demokratisierung des Systems durch den Gebrauch seiner Institutionen wäre vorbei. Entweder entstände dadurch für die sozialrevolutionären Minderheiten ein Doppelleben der erzwungenen Anpassung und der davon getrennten Verweigerung, oder sie fanden sich mit den Randschichten wieder im Status der Arbeitslosen, der Berufsverbotenen, der GelegenheitsarbeiterInnen.

DIE ZEIT DER AUTONOMIE

Dieser Ausgangssituation folgte die"Zeit der Autonomie". K.H.Roth beschreibt, daß in der BRD 1976/77 ein breiter Zusammenhang zwischen den sozialen Phantasien der Klasse nach selbstbestimmter Tätigkeit jenseits der Arbeitsrythmen und der Praxis der alternativen Bewegungen bestand. Nicht nur die autonome Linke verweigere die Spielregeln der klassischen Politik, sondern die Auflösung der Kernfamilie, die Selbstbefreiung der Frauen und die vielen Teilbewegungen drücken eine stille soziale Revolution aus, die weit über die autonomen Initiativen um sich gegriffen hätte. K.H.Roth skizziert eine Bewegung, die nicht von den Fabriken ausgehend das Netz der Knotenpunkte der kapitalistischen Kontrolle durchlöchere, eine Bewegung, die in die Hunderttausende gehe. Ein Drittel der Hochschulangehörigen gehören zur autonomen Szene im weitesten Sinne, die sich nicht nach inhaltlichen Zwängen der Wissensfabriken definiere; die Frauen entzögen sich mit ihren eigenen Aggregationspunkten einer Krisenstrategie, die auf eine neue klasseninterne Unterwerfung unter das Patriarchat abziele; der Jugendzentrumsbewegung scheine es zu gelingen, ein solidarisches Verhalten gegen das Recht auf Arbeit zu organisieren; und eine breite Gefangenenbewegung integriere sich zunehmend in die regionalen Teilbewegungen.
Diese Massenautonomie gegen das Modell Deutschland beziehe sich wieder offensiv auf das Disziplinarnetz, und stehe damit vor neuen Problemen: die genauere Definition des subversiven Einverständnisses der"atomisierten Massensubjekte innerhalb der gigantischen Leistungsmaschinerie"; die Erweiterung des Rechts auf Leben auf den Garantismus,d.h. das Recht auf Einkommen ohne kapitalistische Arbeit; die Verwirklichung dessen durch neue Formen der Aneignung des sozialen Reichtums gegen die Armut und Bedürftigkeit der alternativen Lebensversuche; der Angriff auf den Lebensnerv des "Modell Deutschland","die Moral der Ausbeutung von Arbeitskraft als Voraussetzung für die kontrollierte Reproduktion der Klasse"; die Verwirklichung einer hierarchielosen Massenbewegung, die völlig egalitär ist(Frauen/Männer, Deutsche/MigrantInnen, Jugendliche/Alte,Entlohnte/Unentlohnte, TechnikerInnen/MassenarbeiterInnen). Als zentrales Problem bleibt die Projektion des Terrorismus auf die autonome Massenbewegung: die überlebenden Gefangenen sind Geiseln in der Hand des Machtstaats, mit denen sie die Massenbewegung"in Formen der gewaltsamen Konfrontation hineintreiben, deren Ablauf von Krisenstäben bestimmt und gegen unsere sozialrevolutionäre Perspektive insgesamt eingesetzt wird. Sie werden weiter versuchen, die Frage der revolutionären Gegengewalt aus ihren sozialen Massenbezügen zu lösen."Als ersten Schritt dagegen formuliert K.H.Roth, daß die autonomen Teilbewegungen für die Befreiung der gefangenen GenossInnen kämpfen werden, und daß danach die Diskussion ihrer und unserer Fehler wieder lesbar werden wird.

ANSÄTZE DER KRITIK

Schon bei nur oberflächlicher Betrachtung von "Modell Deutschland gegen Massenautonomie" von K.H.Roth können wir Fehleinschätzungen und Widersprüche feststellen, die die historischen Entwicklungen überholt haben:
- die Gefangenen sind immer noch Geiseln des Machtstaats; es gelang nicht, eine Initiative zur Befreiung aus der autonomen Basisbewegung zu beginnen;
-

- der Marsch in die Institutionen war gescheitert, aber die Defensive wurde zum Programm; nur ein Jahr später begannen auch bei Linksradikalen Diskussionen um Wahlteilnahme, Partei-und Listengründung
- in der autonomen Frauenbewegung entwickelten sich Strömungen, die das Frausein allein zum Programm erhoben, auf das antrophologische Anderssein von Frauen ihre Interessenpolitik aufbauten (Grünes Müttermanifest);
- die Formen des Rechts auf Leben in den alternativen Projekten entwickelten sich mit der Intergration durch die sozialdemokratische Strategie der zwei Kulturen (der Mehrheitskultur, die eine Alternativkultur toleriert und von ihr profitiert) zu Formen des Anschlußes an gesellschaftliche Produktivität, Wiedererrichtung der Arbeitsmoral, Kostenentlastung des Wohlfahrtstaats durch Integration von drop-outs und kooperatistischen Eigeninteressen der inzwischen kommerzialisierten Projekte und Betriebe
- ein Teil der Aggregationspunkte der Massenbewegung vollzogen diese Entwicklungen mit und propagierten sie; herausragende Beispiele sind die 1979 begonnene tageszeitung und der ehemalige Pflasterstrand (Frankfurter Stadtzeitung von 1977 bis 1990,das sich als Metropolenmagazin zum Promotor der Reala/o-Grünen entwickelte);
- die autonome Massenbewegung konnte das Versprechen der Egalität und Hierarchielosigkeit nie einlösen; sie blieb eine junge, weiße, deutsche und von Männern dominierte Bewegung; die autonome Frauenbewegung unter die Massenautonomie zu subsumieren, ignoriert die grundsätzlichen Schwierigkeiten und Brüche zwischen Frauen und Männern;
- die Gewaltfrage stellt das Ergebnis einer gelungenen und immer wiederbelebbaren Projektion des Terrorismus auf revolutionäre Gegengewalt und der Herauslösung dieser aus den sozialen Massenbezügen dar, auch wenn diese Strategie in der Anti-AKW/Anti-Startbahnbewegung immer wieder durchbrochen werden konnte; der inzwischen militante Pazifismus und Legalismus der Grünen und Friedensbewegten ist ein Ergebnis dieser Projektion;

Diese negative Bilanz der letzten 15 Jahre im oberflächlichem Überflug würde schnell den Schluß zulassen, daß die Stillstellung, Gefangennahme und Indienststellung der"sozialen Revolution"für autonome Politik heute keine Bedeutung hätte (eh alles integriert), und daß diese Wirklichkeit von der eigenen Binnenwirklichkeit getrennt erlebt und bewertet wird. Im vorangegangenen Text beschreibt K.H.Roth aber Verhaltensweisen, die hier noch erweitert werden, die innerhalb der BRD minoritär blieben, aber die gesellschaftliche Situation verändert haben. Ohne diese Opposition als prinzipiell/übergeschichtlich revolutionär oder nicht werten zu wollen, sind diese Prozesse (teilweise selbstverständliche) Basis auch der sozialrevolutionären Minderheiten in Großdeutschland:
die Auflösung der deutschen Kernfamilie(ca. 500.000 Wohngemeinschaften 1976 im Vergleich zu wenigen vor 1968, Kinderlädenbewegung);
Selbstbefreiung der Frauen, Entstehung der autonomen, femministischen Frauenbewegung(Frauenzentrenund Häuser,Frauenforschung,femministische Theorie);Verweigerung inhaltlicher Zwänge der Schulen und Universitäten(z.B. die ca.10 % AbsentistInnen an Universitäten); Gegenöffentlichkeit als Modell gegen Medienmonopole(hunderte regionale,linke, femministische Zeitungen, Zeitungen an Schulen,Universitäten,Betrieben,Bereichen); das Recht auf Leben in Arbeitskollektiven gegen die Arbeitsrythmen, die Fabrik-und Bürodisziplin, die Arbeitsmoral der Leistungsgesellschaft; Verweigerung der "Schule der Nation" durch massenhafte Kriegsdienstverweigerung(einige tausend pro Jahr vor 1968, bis zu hunderttausend 1991); Durchbrechen eines an Legalität orientierten klassischen Politikverständnisses und des staatlichen/HERRschenden Gewaltmonopols (Massenmilitanz, Guerilla, Sabotage, Aneignung gesellschaftlichen Reichtums); Durchbrechen der sexuellen Zwangsmoral und Heterosexualität(Beziehungsversuche,Homosexualität); die kulturelle Revolte der sinnlichen Ausdrucksmöglichkeiten in Musik, Kleidung, Drogengebrauch, Sprache, Körper.
Dies sind Beispiele für das, was K.H.Roth 1977 euphorisch die stille soziale Revolution genannt hatte. Nur ein Jahr später schreibt das Hamburger Autonomie-Redaktionskollektiv über die Spaltung der Zeitung:"Die Entdeckung der Vielfalt, die die "Autonomie" von Anfang an kennzeichnete, war nicht gedacht als Aufgabe des revolutionären Impulses...später kam es anders, die Vielfalt nahm selbstgenügsame Züge an,sie wurde zum gepflegten Pluralismus. Wo eine aktuelle revolutio-

näre Perspektive nötig gewesen wäre und die Vielfalt hätte in sie einfließen müssen,bewirkte der selbstgenügsame Umgang mit den einzelnen Bausteinen dieser Vielfalt etwas anderes: es entstand eine Ideologie hart an der Grenze der Philosophie der Bewegungslosigkeit - der neuentdeckte Reichtum (der freilich weit ärmer ist als er tut) machte die Gegner und auch die Frage der Macht vergessen. Die"Autonomie" hatte an diesem Prozeß teil."
Obwohl die Hoffnungen, die mit dem homogenen Kampfbegriff Massenautonomie verbunden waren, durch die tatsächliche Geschichte desillusioniert und korrigiert wurden, besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der durch die oben benannten Praktiken gekennzeichneten gesellschaftlichen Minderheiten und den Autonomen. Daß die Autonomen noch "die einzige, mobilisierungsfähige linksradikale Kraft seien"(Geronimo) ist wesentlich aus dem Zusammenhang und dem zersplitterten bruchstückhaften Überleben dieser sozialen Lebensformen zu erklären. Die Doppelstruktur der Autonomen aus einerseits Alltagspraxis(Nicht-Arbeit,Wohnen,Sexulität,Subkultur usw) und andererseits politischer Organisierung sagt noch nichts über die Qualität dieser Struktur aus; sie kennzeichnet den oft individualisierten Zusammenhang zwischen autonomen KaderInnen, autonomer Szene und der Praxis und den sozialen Phantasien einer größeren Minderheit.

DIE AUTONOMEN-PARTEI

Die Einheit von Leben und Kampf oder die vorangestellte Doppelstruktur war konstituierendes Element der Autonomen. Exemplarisch ist dafür immer wieder die Häuserkampfbewegung 1980-82:
"Die Dynamik entwickelte die Anti-Haig-Demo,(Berlin,Sept.81)(...) nicht aus den Imperialismusanalysen einzelner Gruppen, sondern aus der sozialen Bewegung des Häuserkampfs, die das "Hinterland" für die Demos gebildet hatten...Die Häuserkampfbewegung in Berlin gab der Demo erst die Rückendeckung und Dynamik. Natürlich waren die Kämpfe gegen Imperialismus, NATO und Krieg auch Inhalte der Häuserkampfbewegung geworden und lösten so teilweise den Teilbereichscharakter dieser Bewegung auf. Hier stellt sich für uns grundsätzlich die Frage, ob es eine radikale AntiKriegs-Bewegung, die eine Perspektive haben soll, geben kann, die nicht in den sozialen Alltagskämpfen verwurzelt ist."(Hamburger GenossInnen 1983)
"Einen besonderen Stellenwert hat der Punkt Häuserkampf innerhalb der autonomen Bewegung deshalb, weil es hier vorrangig nicht um die Politisierung gesellschaftlicher Mißstände, sondern um unmittelbare und erfahrbare Einflußnahme auf die eigenen Lebensbedingungen ging...nur unter der Voraussetzung einer "Einheit von privatem und politischem"- so das autonome Sprachrohr damals - also ein Aufheben funktional getrennter Lebensbereiche, war und ist eine Umsetzung "radikaler Bedürfnisse" überhaupt vorstellbar...wir wollten nicht mehr warten auf die "Massen" oder ein politisch "geeignetes Klima". Die Totalität und Radikalität dieser Ansprüche und Forderungen ans "hier und jetzt" löste befreiende Stürme der Begeisterung bei uns aus, wovon noch heute so manche/r mit glänzenden Augen zehrt."(Mitte 80er Rhein-Main)
Nur vor dem Hintergrund der Niederlagen der Häuserkämpfe und der anderen Kämpfe in den 80er Jahren läßt sich die nachfolgende Kritik an autonomer Organisierung verstehen. In den letzten 5-10 Jahren hat sich eine Form autonomer Organisieurng durchgesetzt, die dem Anti-Parteien-Partei-Modell der Urgrünen ähnelt. Eine einigermaßen funktionierende Rotation, imperatives Mandat, Kontrolle durch Basis. Diese "nicht-institutionalisierte",immer neu sich schaffende Partei, die eine möglichst hierarchielose Arbeitsteilung versucht - pragmatisch praktisch: Sanität, Infoläden,
Zentren, VoKüs ; oder pragmatisch politisch:Anti-AKW,Knast,AntiFa usw. - ist eben die Folge des Zerfalls und des Scheiterns der Kämpfe auf den sozialen Terrains und gleichzeitig der Versuch, den Erfahrungszusammenhang zwischen den Kämpfen nicht abreißen zu lassen durch organisierte, kontinuierliche Praxis. Die These von einer Autonomen-Partei und dementsprechenden KaderInnen geht aber nicht vom prächtigen Funktionieren dieser Organisierung aus, sondern von dessen Krise: " da Erfolge ausbleiben, häufen sich Kündigungen, Arbeitsverweigerung, Urlaubsanträge und Blaumachen, oder wird pragmatisch Kurzarbeit gemacht (d.h. der Schein gewahrt). Die Katze beißt sich in den Schwanz, und die autonomen ArbeiterInnen im selbstverwalteten Betrieb Autonomia Doria GmbH beschleicht das Gefühl, daß da von Anfang an der Wurm drin war. Keinem noch so verbissenem Vorarbeiter oder resoluter

Abteilungsleiterin gelingt es dann, Arbeitsmoral und Lust aufrecht zu erhalten; beim Betrieb bleibt mensch aus Gewohnheit, oder weil es immer noch netter als überall anders ist"
Die Kernthese zielt darauf, daß die "nicht-institutionalisierte Organisierung" als Autonomen-Partei die Krise nur herauszögert und unbeantwortet läßt, und durch diese Passivität sich der Institutionalisierung/Formalisierung ergibt (formalisierte Sprache, autonome Linie bzw. autonome Themen, ritualisierte Aktions-Kommunikations-Politikformen). So setzen sich auch sozialdemokratische Verhaltensweisen bei den Autonomen durch: passive AnhängerInnen, pflichtbewußte ParteisoldatInnen. Diese "Sozialdemokratisierung" wird eingeschränkt:"Natürlich sind die Verhältnisse nicht so reduziert, wie oben dargestellt,sind die"Identitäten" komplexer. Zum Beispiel gibt es innerhalb der Autonomen eine einigermaßen funktionierende Rotation als Anti-Institutionalisierungsmittel; und so findet mensch autonome KaderInnen auch beim Spülen in der VoKü. Aus diesem Widerspruch zwischen "institutionalisierter"Politik ohne institutionalisierter Identität von Person und Funktion erklärt sich auch die vergebliche Suche des Verfassungsschutzes nach einem AutonomenZK, und die detektivische Neugier der "Radikalen Linken"für den geheimnisvollen Kopf der Autonomen."Diese Widersprüchlichkeit läßt sich aber nur unzureichend mit innerorganisatorischen Anti-Institutionalisierungsmitteln fassen: die Doppelstruktur der Autonomen als Versuch sozialer Lebensformen, selbstverändernder Praxis und politischer Organisierung läßt es (noch?) nicht zu, daß eine/r nur Politik macht, nur FunktionärIn ist. Dieses Selbstverständnis ist Klammer der auseinanderstrebenden Richtungen innerhalb der Autonomen: die Organisierung in verbindlichen,institutionalisierten Strukturen auf der einen, die Individualisierung in Basisprojekten,Studium,Arbeit auf der anderen Seite. Die von vielen aus dieser verzweifelten Situation der Autonomen gestellte Organisierungsfrage würde die noch bestehende Klammer zerbrechen, und die Autonomen zur institutionalisierten Partei degradieren, die ein "außen"nur als Agitations-Propaganda-Rekrutierungs-und Mobilisierungsobjekt wahrnimmt. Sie würde die übriggebliebenen KaderInnen organisieren, die immer in Gefahr ständen, wegen entfremdeter Politik in traditionellen Formen nur noch sich selbst zu mobilisieren. Sie würde gleichzeitig den stattfindenden Rückzug von AktivistInnen beschleunigen, weil für sie die Autonomen eben "mehr waren als Politik".

PERSPEKTIVEN ?

Eine Perspektive autonomer Politik liegt also nicht in der verbindlicheren, disziplinierenden Organisierung der verbliebenen Autonomen, sondern in der Weiterentwicklung der in den sozialrevolutionären Kämpfen und Basisbewegungen gewonnenen Erfahrungen; und die Organisierung entwickelt sich mit dieser Neuorientierung, und nicht umgekehrt. Dieses Diskussionspapier zielt also in erster Linie auf eine Blickerweiterung über die ausschließlich selbstbezogene Krisendiskussion der Autonomen hinaus, und fordert dazu auf, die Autonomen historisch als Teil einer Opposition gegen das patriarchale, imperialistische Modell Deutschland zu begreifen. Es geht außerdem darum, in Anlehnung an das Kritikpapier in der Einladung zum 1.Vorbereitungstreffen zur Anti-WWG-Kampagne 1991 von den MünchnerInnen, den Begriff "Kampf um Befreiung" mit historischen und eigenen Erfahrungen zu füllen:"und wenn uns jetzt die Formulierung, daß dieser Prozeß ein kollektiver sein muß, zur Phrase verkümmert, dann liegt das daran, daß wir bei der Beschreibung herrschender Subjektivität zwar von unseren eigenen Erfahrungen ausgegangen sind, diese aber nicht beschrieben haben"(siehe Einladung). Dies heißt praktisch die Dimension anderer Subjektivität als die mehrheitliche, herrschende Subjektivität zu entwickeln, und damit auch die aktuelleren Angriffe herrschender rassistischer,sexistischer Subjektivität offensiv und revolutionär anzugehen, und diese Konfrontation nicht auf ein bloß physischen Überlebenskampf zu reduzieren, sondern als grundsätzliche Konfrontation zwischen antagonistischen Utopien:
Soziale Revolution oder Barbarei!

Nachtrag: Dieser Text kann auch als Antwort und Kritik der Organisierungsvorschläge von der Göttinger Antifa (M) und in der Radikal verstanden werden, obwohl er schon feststand, bevor die Papiere der GenossInnen bekannt waren.

Xanthippa,Rhein-Main Oktober 1991

ERKLÄRUNG

Wir sind die Flüchtlinge, die die Anscharkirche in Neumünster besetzt haben. Wir möchten der Öffentlichkeit unsere Ziele mittels dieser Deklaration deutlich machen, klar und objektiv, zumal bis jetzt unsere Probleme, die wir im Verlauf der Aktion mit Staat und Kirche hatten, weder durch Zeitung noch durch Fernsehen klar zum Ausdruck gebracht worden sind. Wir haben unsere Aktion gemacht, um gegen die unserer Meinung - nach falschen Asylpolitik der Bundesrepublik zu protestieren.

Wir als schwächstes Mitglied der Gesellschaft werden hin- und hergeschoben. es gibt in den neuen Bundesländern, in die viele von uns geschickt werden, keinerlei Schutz für Flüchtlinge.

Wir protestieren, um auf die Gefahr, die von den Neonazis ausgeht, aufmerksam zu machen. Es ist an der Zeit, daß sich alle antifaschistisch denkenden Menschen an dieser Aktion beteiligen. Man hat uns staatlicherseits erklärt, man müsse die Flüchtlinge nunmehr, da in Schleswig-Holstein kein Platz mehr bestünde, in die ehemalige DDR schicken.

Wir sind im Besitz von Verteilungslisten aus Oelixdorf, die bestätigen, daß dem nicht so ist.

Es handelt sich in unserem Fall vielmehr um eine Bestrafungspolitik gegen uns Flüchtlinge, die wir es gewagt haben, uns zu widersetzen. In der Zeit, in der wir es mit dem Staat zu tun hatten, wurde uns keine rechtmäßige Lösung präsentiert, sondern wir wurden stattdessen vor ein Ultimatum gestellt. Staatssekretär Möller stellte uns vor die Alternative, sollten wir den vorgeschlagenen Weg nicht einschlagen, als Illegale Deutschland zu verlassen, um in einem anderen europäischen Land Zuflucht zu suchen, was er jedoch als sehr gefährlich bezeichnete. In dieser Zeit hat der Staat uns die Sozialhilfe verweigert und uns hungrig gelassen, wir hatten ein Recht auf nötiges Taschengeld wie auf finanzielle Unterstützung hinsichtlich ärztlicher Versorgung, zumal einige von uns sich einer Operation unterziehen mußten und sich unter uns auch Kurden mit Kindern aus der Gegend von Halabja befinden, die schwerste Giftgasverletzungen haben. Der Staat hat uns für illegal erklärt, nachdem wir nicht, wie angeordent, in die ehemalige DDR gingen, und auf diese Weise Druck auf uns ausgeübt, so daß es keinerlei Dialogmöglichkeiten für uns mehr mit dem Staat gab.

Zunächst hat es die Kirche abgelehnt, uns auf humanitäre Weise zu helfen, als das Fernsehen und die Zeitung jedoch hinzukamen und berichteten, hat sie eingelenkt. In der Öffentlichkeit stellte die Kirche fortan dar, daß sie die Flüchtlinge auf humanitäre Weise unterstützen werde, was sie auch tat, den Flüchtlingen gegenüber verdeutlichte sie aber immer wieder die Position des Staates als unabwendbar. Nachdem das Interesse der Berichterstatter etwas abflaute, stellte die Kirche in Leserbriefen wie auch gegenüber uns dar, daß es keine andere Möglichkeit geben werde, als in die Ex-DDR zu gehen. Anderenfalls seien wir illegal und könnten höchstens in andere Länder fliehen. Sie hat so ihr wahres Gesicht gezeigt und, wie der Staat auch, (psychologischen) Druck auf uns ausgeübt.

Zum Beispiel schreibt der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Anschar-Kirchengemeinde am 13.10.91:" Wenn Ihr die Kirche dennoch nicht verlaßt, werden wir nicht automatisch einen Räumungsantrag stellen, nach wie vor gilt, daß wir keine Gewalt wollen. Aber wir werden unsere aktive Unterstützung und Hilfe als Kirchengemeinde einstellen, die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Geld u.ä" und "....wenn jedoch Gesundheit oder Leben von einzelnen oder allen(auch Helfern) ernsthaft in Gefahr geraten sollte, egal ob von drinnen oder draußen, dann werden wir auf jeden Fall einen Räumungsantrag stellen müssen."

Nachdem der Staat und die Kirche für uns eine "Lösung" in der ehemaligen DDR gefunden haben, haben wir gemeinsam mit KirchenmitgliederInnen und UnterstützerInnen feststellen müssen, daß die Situation in Greifswald für uns keineswegs sicher ist. Die BewohnerInnen der Stadt haben von neofaschistischen Attacken berichtet, die Faschisten kommen nicht nur aus Greifswald, sondern auch aus der Umgebeung. Wir haben gehört, daß sie stets bewaffnet seien, z.B. mit Gasbomben und -pistolen. Einen Tag vor unserer Inspektion in Greifswald wurde in das Haus eines Vietnamesen ein Molotov-Cocktail ins Fenster geworfen , um es niederzubrennen. Eine Woche vorher war ein Asylantenheim von Neofaschisten angegriffen worden. Ferner wurde ein marokkanischer Student von 30 Faschisten attackiert und schwer verletzt. (Wolgaster Anzeiger und Ostsee Zeitung vom 14.10.91).

Wenn wir, die Flüchtlinge aus der Anscharkirche, dort untergebracht werden, als schutzlosester Teil der Gesellschaft, werden die Angriffe fortgesetzt werden.

Noch ein Punkt: Greifswald hat ungefähr die Größe von Neumünster, aber die Polizei ist zahlenmäßig ungleich schwächer und verfügt über keinerlei Erfahrung mit Neofaschismus und ist somit tatsächlich nicht in der Lage, uns Flüchtlinge angemessen zu schützen.

Dies also sind die Bedingungen, unter denen wir in die Ex-DDR gehen müssen. Aber die Aktion ist noch nicht zu Ende: Wir glauben immer noch daß wir noch eine Chance haben und wir wollen, daß alle antifaschistischen und demokratischen Gruppen uns auch weiterhin unterstützen.

Auch wenn alle 12 Forderungen von unserer Seite aus erfüllt werden sollten, insbesondere ein Gespräch mit der mechlenburgisch-vorpommerischen Regierung stattfindet, fahren wir aus den genannten Gründen äußerst widerwillig !

Die Flüchtlinge in der Anscharkirche Neumünster

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE IN DER ANSCHARKIRCHE

Am Donnerstag, den 12.9. sollten über 100 Flüchtlinge in aller Heimlichkeit in die neuen Bundesländer verschoben werden, wo sie schutzlos permanentem rassistischem Terror ausgesetzt wären. Außerdem gibt es dort so gut wie keine medizinische und juristische Betreuung für die Flüchtlinge., Um dieser Umverteilung zu entkommen, haben 60 Flüchtlinge in der Anscharkirche in Neumünster Zuflucht gesucht. Sie erklären, die Kirche erst zu verlassen, wenn gewährleistet ist, daß sie in den alten Bundesländern bleiben können. Dabei berufen sie sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention, die die BRD mitunterzeichnet hat. Ein Punkt dieser Konvention verbietet es den unterzeichnenden Staaten, Flüchtlinge in Regionen abzuschieben, in denen ihre Sicherheit aufgrund von Hautfarbe, Religion oder politischer Überzeugung nicht gewährleistet ist. Es wird bereits von der Bundesregierung nicht mehr geleugnet, daß die Sicherheit der Flüchtlinge und Ihr Schutz durch die Polizei in den neuen Bundesländern nicht gewährleistet ist. Die Flüchtlinge kommen aus Kurdistan, Türkei, Bulgarien, Jugoslawien. Albanien, Pakistan, Indien, Afganistan, Algerien, Angola und Zaire. Dabei sind auch Familien mit Kindern. Die Kirche ist gegen die Aktion. duldet die Menschen aber in der Kirche bis die Lage "rechtlich" geklärt ist, so der Geimeindevorstand. Die Landesregierung lehnt Gespräche mit Betroffenen ab (Freitag 13.09.). Sie begründen es damit, daß für sie die rechtliche Lage klar ist. die Flüchtlinge müssen in die ehemalige DDR. Die Landesregierung erklärt, daß sie für die Asylanträge nicht mehr zuständig ist, sondern die Länder, in die die Flüchtlinge gebracht werden sollen. Somit sei der Aufenthalt in Schleswig-Holstein illegal

Seit Samstag 14.09. läuft eine breite Pressehetze gegen die UnterstützerInnen. Mit dieser Hetze wird versucht. einen Keil zwischen die Flüchtlinge und UnterstützerInnen zu treiben. Dies geht soweit, daß den Grünen vorgeworfen wird, ihre Unterstützung der Flüchtlinge geschieht aus parteitaktischen Gründen. Unorganisierten UnterstützerInnen wird vorgeworfen, sie nutzen die Flüchtlinge für ihre eigenen politischen Ziele aus. Die Stimmung in der Bevölkerung tritt plötzlich offen zutage. Weite Teile lassen ihre rassistische Haltung offen kennen. Bislang jedoch "nur" verbal.

Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, ist ein Teil der Flüchtlinge am Sonntag 15.9. in einen Hungerstreik getreten.

Es kommen weitere Flüchtlinge in die Kirche um sich einem Transport in die ehemalige DDR zu widersetzen.
Am Montag 16.9., kamen drei Asylbewerber in die Kirche, nachdem sie vor faschistischen Angriffen in Thüringen geflüchtet sind.
Am Montagmorgen verließen einige Flüchtlinge die Anscharkirche, um in die DDR zu fahren. Sie kamen in ein Flüchtlingslager 20 km von Rostock entfernt. In diesem Lager herrschten unmenschliche Verhältnisse. Das Zimmer, das sie zugewiesen bekamen, bewohnten bereits 20 andere Flüchtlinge, es gab kaum Türen im ganzen Haus. Es gab nichts zu essen, also gingen sie zum einzigen Laden in dem 15 km entfernten nächsten Dorf um Brot zu kaufen. Der Ladenbesitzer weigerte sich jedoch ihnen etwas zu verkaufen und verwies sie des Ladens. Sie beschlossen, mit dem Bus nach Rostock zu fahren, um Brot zu kaufen. Auf dem Rückweg wurden sie nach Verlassen des Busses von ca. 10 Faschisten angegriffen. Sie konnten jedoch in ihre Unterkunft fliehen. Dort warteten sie, bis die Faschisten weg waren, packten dann ihre Sachen und fuhren wieder nach Rostock. Dort nahmen sie sich ein Taxi und fuhren zurück nach Neumünster. Am Abend des selben Tages kamen sie wieder in der Anscharkirche an. Ähnliche Erlebnisse hatte ein Afrikaner der ebenfalls aus einer Unterkunft in den neuen Bundesländern zurückkehrte.

Einige der Flüchtlinge haben also inzwischen selbst erlebt, welche Ausmaße der Rassismus in der ehemaligen DDR angenommen hat. Trotzdem versuchen Regierung und Teile der Kirche immernoch, den Flüchtlingen weiszumachen. daß ihre Angst unbegründet sei. Ansonsten verhält sich die Regierung nicht zu den Forderungen der Flüchtlinge.

a Donnerstag dem 19.9. stellt die Landesregierung ein letztes Ultimatum Vor der Kirche werden Busse zum Abtransport bereit gestellt, die allerdings leer wieder wegfahren müssen, da keine/r der Flüchtlinge bereit ist sich wegkarren zu lassen. Die Flüchtlinge sind entschlossen nicht in die neuen Bundesländer zu gehen, trotz massiver Drohungen der Regierung. Am selben Tag, wird im Auffanglager der ehemaligen Hostenbrauerei die Einkasernierung der Flüchtlinge die dort noch anwesend sind in die Praxis umgesetzt. Die Flüchtlinge dürfen nur noch mit Sondergenehmigungen und Passierscheinen die Unterkunft verlassen und betreten. Der Kirchevorstand erklärt: keine gewaltsame Räumung durch die Polizei durchsetzen zu wollen und duldet die Flüchtlinge mehr oder weniger. Die Regierung droht, die Umverteilung müsse notfalls mit Polizeigewalt durchgesetzt werden.

Am Samstag 21.9. findet eine Demonstration mit ca. 250 Menschen statt, die für ein Bleiberecht der Flüchtlinge demonstrieren. Es findet wieder eine extreme Pressehetze gegen die UnterstützerInnen statt.

Im Moment. am Freitag den 27.9. ist die Situation weiterhin unklar und angespannt, da sich nichts bewegt. Die Landesregierung weigert sich weiterhin irgendetwas zu tun, obwohl die derzeitige Situation in den neuen Bundesländern eigendlich allen Anlaß bietet etwas zu unternehmen.

Das einzig positive, was sich in den letzten Tagen entwickelte war, daß der Kirchenvorstand auf Grund der Ereignisse in den neuen Bundesländern erklärte, er könne angesichts dieser Tatsachen nicht umhin, seine Meinung zu den Forderungen der Flüchtlinge zu korrigierren. Die Forderung der Flüchtlinge bestehen zu Recht und seien verständlich. Pastor Möbius erklärte. er könne und würde den Flüchtlingen nicht mehr raten den Forderungen der Landesregierung nachzukommen.

Wie lange die Situation wie sie jetzt ist noch andauern wird, kann aus der heutigen Sicht nicht gesagt werden. Wir hoffen aber, daß die Landesregierung einlenkt und den Forderungen der Flüchtlinge entspricht.



ZUR BESETZUNG DER ANSCHAR-KIRCHE IN NEUMÜNSTER

kirchenleitung und regierung

die kirchenleitung war von anfang an bestrebt, die flüchtlinge schnellstmöglich wieder aus der kirche zu bekommen. dies wurde vor allem auf zwei ebenen versucht: einerseits wurde psychischer und öffentlicher druck gegen die flüchtlinge ausgeübt. der probst der kirchengemeinde war sich anfangs sogar nicht zu fein, selbst körperlichen druck auszuüben:
er wollte durch festhalten zwei junge menschen am betreten der kirche hindern. so nach dem motto: hier sind jetzt asylantInnen drin - ihr unterstützerInnen bleibt da mal lieber draußen. die beiden menschen wollten kinderkleidung in die kirche bringen. der probst aber bekam als schlagfertige antwort von der frau: wir sind hier, um zu geben und nicht, um zu nehmen - darauf ließ der verblüffte probst die kinderkleidung samt der menschen durch.
schwerwiegender aber als dieser vorfall war der psychische druck, den kirche ausübte: so wurde den menschen nahegelegt, die kirche zu verlassen, weil sich sonst ihre chancen auf einen positiven asylbescheid verschlechtern würden. oder öffentlich: per flugblatt und pressemitteilung erklärte der kirchenvorstand, die asylbewerberInnen hätten sich mit ihrer aktion ins unrecht gesetzt. dieser begriff "unrecht" ist eklig. er ist mehr als die beschreibung der rechtlichen situation der flüchtlinge als "illegal" (was dann juristisch noch zu klären wäre). dieser begriff hat eine moralische qualität. und indem die kirche den flüchtlingen ihre berechtigung zum kampf abspricht, entzieht sie ihnen auch einen teil ihrer menschenwürde, greift sie direkt an. diese formulierung des "unrechts" wurde dann auch begierig vom magistrat der stadt neumünster aufgegriffen. und so funktioniert auch propaganda: irgendwelche scheiße wird sooft wiederholt, bis die menschen sie glauben.
der zweite schritt der kirche war es, versuchen zu spalten: uns von den flüchtlingen und die flüchtlinge untereinander. so wurde z.b. die solidaritätsdemo für die flüchtlinge als für sie schädlich denunziert. oder die kirche schlägt vor, einzellösungen für die flüchtlinge zu finden: die familien sollten im westen bleiben und die anderen mit betreuung durch die kirche in den osten. die flüchtlinge begriffen dieses manöver aber gleich als versuch, ihre gruppe zu verkleinern und ihr damit rechtfertigung und kampfkraft zu entziehen.
die situation wurde am 13. oktober von einem regierungsvertreter, der kirchenleitung und einigen "unterstützerInnen" verschärft: recht kurzfristig hatte die kirchenleitung die flüchtlinge zu einem "gespräch" eingeladen, bei dem auch ein vertreter der spd-regierung anwesend sein würde (staatssekretär möller vom sozialministerium).
in diesem "gespräch" wurde den flüchtlingen keine chance gelassen: der staatssekretär, die kirchenleitung und einige unterstützerInnen (z.b. grüne) redeten solange auf die flüchtlinge ein, bis sie nachgaben. dies geschah unter anwendung übelsten psychoterrors: die kirche drohte indirekt mit räumung, der staatssekretär erklärte sie für illegal und ihre asylverfahren für aussichtslos, wenn sie nicht nachgäben. so stimmten sie schließlich gegen ihre überzeugung dem "lösungsvorschlag" der regierung zu. allerdings ließen sich die flüchtlinge auch in dieser schwierigen situation nicht vollends in die defensive drängen. sie verknüpften ihr "ja" zum lösungsvorschlag nach greifswald (ex-ddr) zu gehen mit 12 forderungen, von deren erfüllung sie eine endgültige entscheidung abhängig machten.
die taktik der landesregierung ist übrigens einfach zu beschreiben: sie forderten die flüchtlinge auf, die kirche zu verlassen, dies mit androhungen. als das nicht wirkte begannen sie mit der kirche zu verhandeln, um dann gemeinsam mit der neumünsteraner kirchenleitung ihre politik der abschiebung in die ex-ddr durchzusetzen. dabei scheuten sie selbstverständlich weder lügen noch die anwendung von psychischem druck.

"unser" erleben der situation

"unser" ist schwierig, weil: wer sind wir? da sind die wenigen aktiven gruppen einer kleineren stadt und einzelne menschen.
in der situation der besetzung der anscharkirche sind die mängel unserer szene ganz offen geworden:
unsere isolation untereinander und isolation zwischen uns und flüchtlingen / immigrantInnen und anderen politischen gruppen in dieser stadt.
und schon gar nicht, daß wir unsere kämpfe aufeinander beziehen (sofern es denn kämpfe sind). kurz gesagt: un-organisiertheit, schlechte strukturen.
wir reden - wenn wir miteinander reden - überwiegend technisch. daß wir zusammen über inhalte reden, kommt selten vor und schon gar nicht in solch einer schwierigen, arbeitsintensiven situation. wenn wir es aber nicht schaffen über inhalte zusammen zu reden, fehlt unserer arbeit die politische bestimmung und es fällt dann oft schwer, diese arbeit noch als politisch und nicht als beschäftigungstherapie oder helfer/innen-syndrom zu verstehen.
bei der wenigen inhaltlichen arbeit, die wir in der ersten zeit gemacht haben, sind vor allem viele fragen aufgetaucht.

inhaltliche bestimmung

"ihr betrachtet uns als opfer. opfer? als opfer will ich nun ganz gewiß nicht gesehen werden, weil ich angst hätte, ihr würdet mich "retten", mir mitleidig helfen wollen. wir brauchen nicht euer mitleid, sondern eure mitbetroffenheit. danach können wir über solidarität reden. solidarität setzt gleichgewichtigkeit voraus, equal footing..."
(zitiert nach "3:1 - klassenwiderspruch, rassismus, sexismus": eine phillipina auf einem treffen der agisra)
mitleid und humanität stehen auf dünnen beinen - den einen tag sind es die kurdischen menschen, den anderen die hungertoten in sonstwo. bestimmt wird dieses interesse "spontan", z.b. von medien. es hat aber eben keine politische bestimmung und ist so auch manipulierbar und kann so leicht wie eine eintagsfliege verweht werden. diesen vorgang kann mensch z.b. am hungerstreik 1989 der politischen gefangenen aus raf, antiimperialistischen widerstand und anderer(!) sehen: da ist plötzlich der hungerstreik da und gar nicht so wenige aus der "szene" verhalten sich dazu - aber was war nach dem abbruch? wenn die menschen und deren kämpfe sich verbinden würden, gäbe es kein loslassen, sondern nur ein weiter. das heißt nicht umfallen vor lauter rackern, sondern konsequenz.
für das ziel "menschlichkeit" könnten wir sicherlich viele unterschriften sammeln und sie ist wichtig, sie sollte selbstverständlich versucht werden, unser alltag, eben nicht dankbarkeit erhaschendes abgeben, sondern etwas selbstbestimmtes.

im rahmen der "europäischen gemeinschaft" ist dieser ansatz. mensch könnte auch nen globalen versuch der erklärung machen. aber "eg 92" ist so nah und:
trevi - terrorismradicalismextremismviolenceinternational und:
schengener abkommen.
das sind für viele von uns bekannte, aber inhaltsleere worte. hier werden sie unter einem wort zusammengefaßt: aufstandsbekämpfung. und sie betrifft alle hier, auch und grade menschen, die in der brd/eg asyl beantragen. die konkrete ausformung heißt für diese menschen dann hier "ausländergesetz" oder "asylverfahrensgesetz"...viele gesetze, mit denen die herrschenden ihre macht über uns zementieren wollen.
warum der begriff "aufstandsbekämpfung"? durch die brd/eg-gesetze werden kämpfende menschen, die in ihrer heimat von knast oder tod bedroht waren, zuallermindest aber menschen, die in der brd/eg das geringere übel sahen, geregelt, normiert, kontrolliert. wenn die brd z.b. kurdische menschen in die türkei zurückschickt oder lesben in den iran, dann bedeutet das zumindest peinlichste frage. wenn mensch das wort "pein" nicht sogar ganz wörtlich nehmen muß, oder: tod. das passt der herrschenden ordnung gut in den kram: ein unbequemer mensch weniger und sie müssen nicht die drecksarbeit machen.
zur absicherung der herrschaftsverhältnisse hier braucht es die ausbeutung der trikont-länder ("dritte welt"). unser lebensstandard, "unsere" macht in dieser welt beruht auf deren ausbeutung, vor allem der

der frauen, die zwei drittel der gesellschaftlichen arbeit leisten.
diesen zustand können die herrschenden auf dauer nur durch militärische stärke aufrechterhalten. dies insbesondere in einer situation, in der die ehemals realsozialistischen staaten bis auf wenige ausnahmen kapitalistische werden. diese "kapitalisierung" osteuropas braucht geld. geld, das aus dem trikont kommt - ob nun direkt von diesen unterdrücktesten oder auf dem umweg über eg/usa/japan. die situation der befreiungsbewegungen und fortschrittlichen staaten wird aber auch strategisch durch den wegfall eines bündnispartners/ unterstützers oder auch nur kritischen beobachters schwieriger. der krieg gegen den irak zum beispiel hätte ohne das schleimverhalten der udssr in der uno zumindest nicht in dieser form stattfinden können (wobei der irak keineswegs ein fortschrittlicher staat ist).
zum anderen muß hier in europa ein "befriedeter" zustand herrschen. das wird erreicht durch zuckerbrot und peitsche: die "zwei-drittel-gesellschaft". zwei drittel der gesellschaft bekommen bessere jobs, mit denen sie sich "vorteile" leisten können, wie autos, video, besseres essen, urlaub... das restliche drittel der bevölkerung soll zumindest genug zu essen kriegen und möglichst ein dach über den kopf (die meisten jedenfalls). wer dieses spiel nicht mitmacht, bekommt den staat zu spüren: psychiatrie, knast, notfalls auch militärische mittel. diese unterdrückungsmittel sind unterschiedlich und viel feiner abgestuft, als so dargestellt.

in den eg-ländern sind also menschen mit kollektiv-bewußtsein, das zum teil weit über das unserer szene hinausgeht, unerwünscht. und wenn sie hier geduldet werden, dann wollen die herrschenden sie oft mundtot machen, weil entschlossene menschen nicht abfahren auf egoismus oder "individuelles glück" (womit dieser staat vereinzeltes meint). sie haben nicht selten eine konkrete erfahrung / die erarbeitung des begriffes "kampf" und des begriffes "angriff" - es ist eben nicht mehr der bloße begriff, sondern l e b e n.
wir wollen nicht so tun, als wenn wir alle flüchtlinge, die in die brd/eg kommen, ganz toll finden, daß wir uns auf sie immer als kämpfende menschen beziehen könnten. das ist bei einigen so.
aber es ist nicht unsere sache, menschen, die in die brd/eg kommen wollen/müssen, in gruppen aufzuteilen: das ist die sache der herrschenden, z.b. deren drecks-propaganda von den "wirtschaftsflüchtlingen".
WENN MENSCHEN HERKOMMEN WOLLEN, SOLLEN SIE DIES TUN KÖNNEN - EGAL AUS WELCHEM GRUND! WEG MIT DEN GRENZEN - FREIES FLUTEN!

leider sind wir von der situation der abschaffung der grenzen noch ein ganzes stück weit entfernt.in dieser situation die kirchenbesetzung zu erleben ist ermutigend und kraftvoll: menschen, die von diesem staat zum objekt gemacht werden sollen, versuchen, ihre würde zu behaupten: als erstes sich nicht, wie das mit tieren getan wird, verschuben zu lassen. sie wollen zunächst mal nicht in die ex-ddr, auch, weil dort der faschistische terror noch üblere formen angenommen hat, als wir ihn hier schon gewohnt sind. aber wo schreit die veröffentlichte meinung auf, wenn allein 1990 drei schwarze menschen von faschisten in hamburg ermordet wurden.
aber die flüchtlinge wollen auch hier bleiben können: in der brd / westeuropa als lebensperspektive oder zumindest für länger - grad so lang, wie sie meinen. der weg, den sie dazu gehen, ist die kirchenbesetzung. eine aktion, die sich keineswegs nur auf sich bezieht. die besetzer/innen der anscharkirche verstehen ihre aktion klar als aktion für alle flüchtlinge in der brd/eg und als aktion gegen den faschismus. mit der kirchenbesetzung greifen sie herrschaftsinteresse an den grundfesten an: sie schaffen öffentlichkeit für ihre belange und durchbrechen isolation, isolation zwischen den flüchtlingen und isolation zwischen sich und menschen, die hier leben.
auch wir müssen die isolation untereinander aufbrechen, uns aufeinander beziehen und auf der grundlage unserer gemeinsamkeiten endlich anfangen, strukturen / selbstorganisation zu schaffen, die nicht nur protest, sondern wirkungsvollen widerstand ermöglicht, wir müssen zusammen kämpfen.

solidarität mit den besetzerInnen der anscharkirche in neumünster!
solidarität mit den palästinensischen besetzerInnen der blågårdskirke in kopenhagen!
solidarität mit allen kämpfenden menschen, insbesondere den hungerstreikenden in den türkischen und spanischen folterknästen!

kontaktadressen für die anscharbesetzerInnen:
infoladen omega, bahnhofstraße 44, 235o neumünster, telefon: o4321-45927, telefax: o4321-46542 oder:
kultur- und solidaritätsverein, kieler straße 32, 235o neumünster, telefon: o4321-46582 (auch türkisch und kurdisch)

spendenkonto: infoladen omega, kennwort: kirchenbesetzerInnen
stadtsparkasse neumünster, kontonummer 71218, BLZ 212 5oo oo.

kontaktadresse für die palästinensischen besetzerInnen:
blågårdskirke, blågårdsplåds,
22oo kopenhagen n
danmark

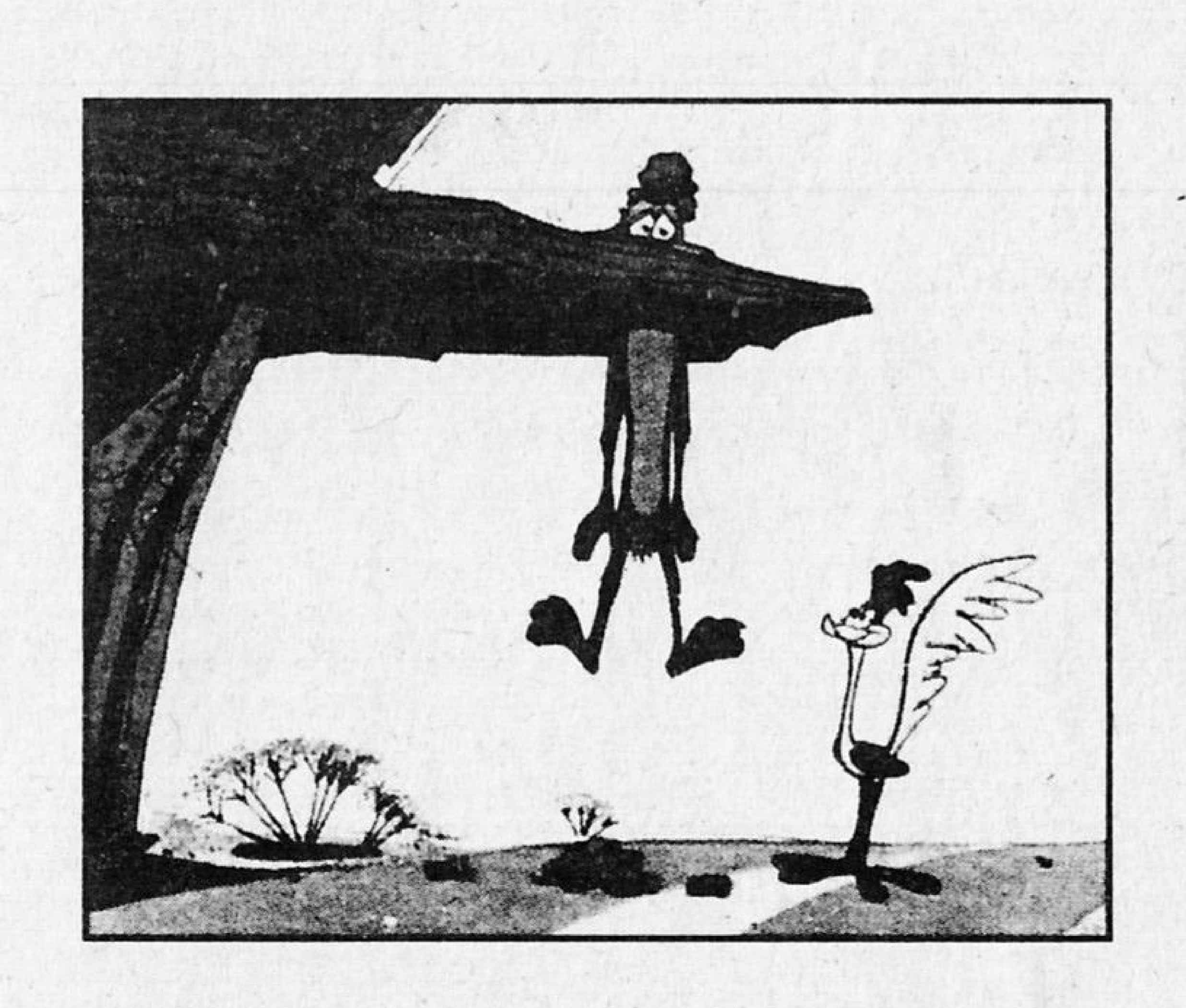
EINLADUNG ZUM ZWEITEN BUNDESWEITEN TREFFEN FÜR EINE STARKE REVOLUTIONÄRE MOBILISIERUNG GEGEN DEN WWG 92 IN MÜNCHEN

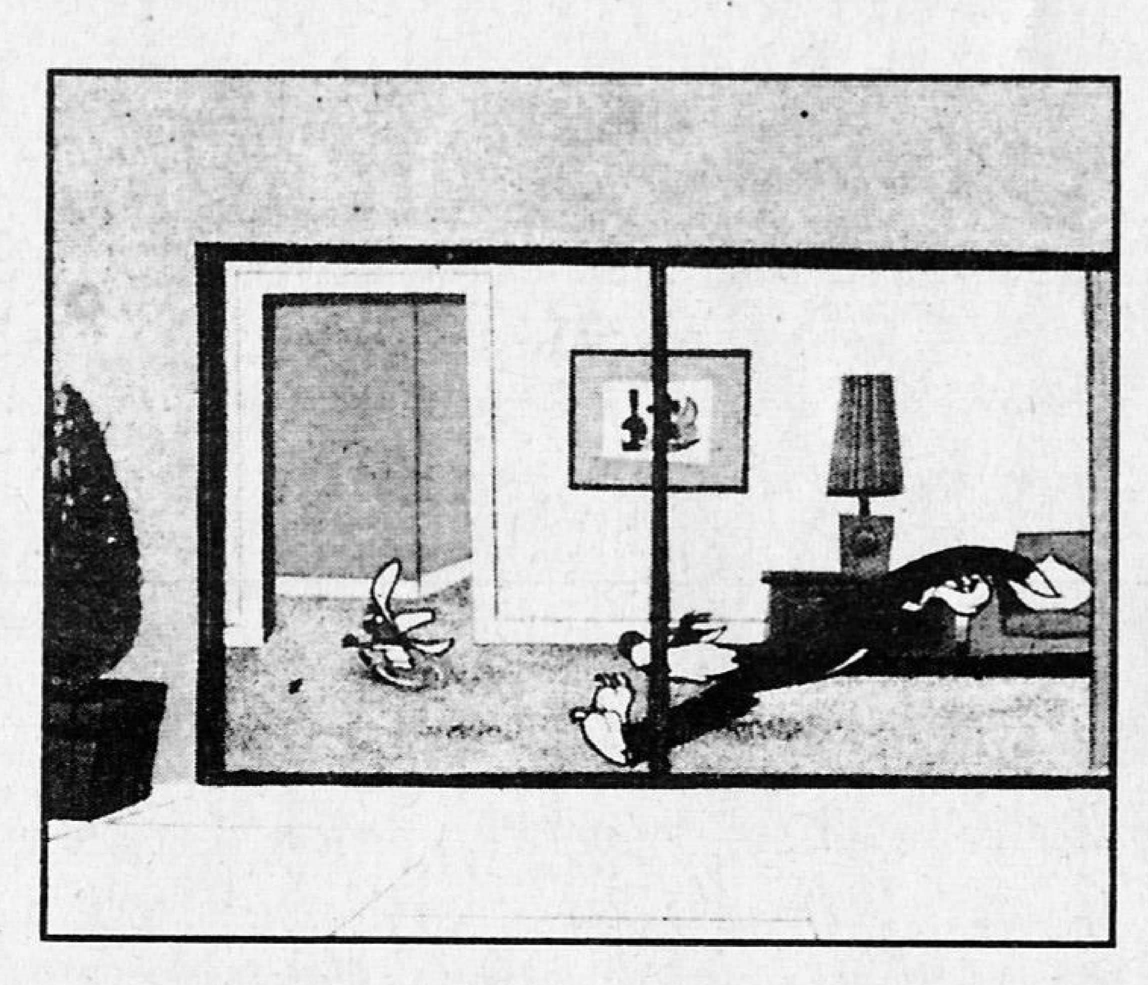
Treff: Frankfurt/M.
Anreise: Frei., den 22.11.91, Abends Volxküche im Zentrum: Hinter der schönen Aussicht 11, 6000 FFM 1
Sa.: 12 Uhr Plenum - So.: 10-13 Fortsetzung

DIESE EINLADUNG AN ALLE GRUPPEN WEITERGEBEN!
Schickt bitte alle Diskussionspapiere, Materialien und Vorschläge, die es bei euch in den Städten zu den Schwerpunkten einer Mobilisierung gibt nach München!

Nachdem es beim letzten Treffen einen Schritt vor und zwei zurück ging, kann es diesmal nur heissen:







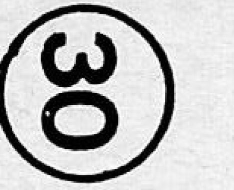
1. Bericht vom letzten Treffen in Nürnberg:

Anwesend waren Menschen und Gruppen aus: Bochum, Leipzig, Frankfurt, Offenbach, Hanau, Wiesbaden, Grenzland Bayern/Hessen, Kassel, Nürnberg, Köln, Berlin, Düsseldorf, Rosenheim, Freiburg, Schwenningen, Raum Bodensee, Augsburg, Erlangen, Würzburg, Regensburg, Kiel, Braunschweig

Zunächst war das Treffen weitgehend von der Frage bestimmt, ob und wie eine Mobilisierung gegen den WWG 92 in der momentanen Situation überhaupt aussehen kann. Zum anderen wurde deutlich, daß es durch die relativ beliebige Zusammensetzung dieses Treffens von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen in Theorie und Praxis garnicht so einfach war, sich zu verständigen und oft aneinander vorbeigeredet wurde.
Zusammengefaßt lief die Kritik an einer solchen Kampagne bzw. Mobilisierung auf folgendes hinaus: Kampagnenpolitik reproduziert überkommene Politkformen und schafft es in der momentanen Situation von Schwäche und Klärungsbedarf innerhalb der linksradikalen Bewegung nicht, die anstehenden Fragen nach Neubestimmung und Aufbau von Gegenmacht im Alltag - Organisierung - zu beantworten, ja vielmehr, sie zu blockieren.
Daß wir an diesem Punkt zu keinem Konsens gekommen sind und sich die Diskussion am Samstag im Kreis gedreht hat, lag offensichtlich auch daran, daß es uns in dem letzten Einladungsschreiben nicht gelungen ist, unseren Standpunkt klar genug zu formulieren: Die Ansprüche an Kampagnenpolitik derart zu überfrachten, daß mit einer Mobilisierung die Klärung aller momentan anstehenden Fragen theoretischer, strategischer und organisatorischer Art verbunden werden, halten wir für falsch. Grundlegend halten wir daran fest, daß Kampagnen ein Mittel unserer Politik sind, keinesfalls aber den Prozeß und die Auseinandersetzung um Strategie und Organisierung ersetzen. Insofern wollen wir die Kampagnenkritik-Diskussion auf eine reale Ebene herunterholen und die permanente Vermischung der oben beschriebenen verschiedenen Ebenen unserer Politik kritisieren.
Trotz allem, ein paar Punkte waren Konsens:
- eine Mobilisierung gegen den WWG 92 im Zusammenhang mit den Diskussionen und Aktivitäten zu "500 Jahre Kolonialismus sind genug!" soll es geben
- die Schwerpunkte der Mobilisierung werden sein: Auseinandersetzung um die Struktur und Kausalität der Herrschaftsmechanismen Kapitalismus/ Patriarchat/ Rassismus: Erfassen der Wirklichkeit in den Metropolen
- klar war, daß sich z.B. eine antirassistische Politik mit dem gesellschaftlichen Massenbewußtsein auseinandersetzen muß: Diskutiert wurde daher, daß sich Aktivitäten z.B. innerhalb der Aktionstage sowohl gegen die Herrschenden oben richten, als auch mit dem Massenbewußtsein konfrontieren müssen
- den mit der IWF-Kampagne begonnen Ansatz, Verbindungslinien zwischen unserer priviligierten Metropolenrealität und den Verhältnissen im Trikont und in Osteuropa nach dem Zusammenbruch zu suchen, fortzusetzen
Ansonsten verweisen wir nochmal auf die Punkte in unserem ersten Diskussionsfragment. Vorallem sollten aber alle, ausgehend von ihrer konkreten Arbeit in den Städten, Thesen, Erfahrungsberichte und Positionen zu den einzelnen Punkten mitbringen.

2. Vorschlag für eine Tagesordnung:

1. Berichte über den Stand der Mobilisierung (Münchner Bündnis, bundesweite Aktivitäten, BUKO)
2. Diskussion anhand unseres ersten Papier (s. u.a.: INTERIM Nr. ?) und weiterer vorliegender Positionspapiere (unbedingt kopiert mitbringen und bei der Vokü verteilen); Motto
3. Großdemonstration und Aktionstage: Vorschläge und Diskussion
4. Arbeitsstrukturen:
   - regelmäßiges bundesweites Treffen
   - Koordination zwischen diesen Treffen
   - Dezentralisierung der organisatorischen Arbeit
   - internationale Kontakte und Mobilisierung
   - Finanzen
   - konkrete Projektvorschläge: Mobilisierungszeitung, Plakate, Konzerte, bundesweites Flugblatt



<u>Quo vadis Autonomia ?</u>

mittlerweile haben die vorfälle auf der demo in hoyerswerder zu einer diskussion geführt, die über den weiteren weg der autonomen szene entscheiden wird. da wir verständlicher weise ein gewisses interesse an dieser entscheidung haben, haben wir uns MUTIG überlegt, uns in dieser diskussion zu wort zu melden. wir bitten schon jetzt alle an dieser debatte interessierten um nachsicht unserer polemischen kommentare -- es ist manchmal nicht möglich, den kaffee herunterzuwürgen, der gerade hoch will und so konnten wir die eine oder andere bemerkung nicht lassen. alljenen aber, die sich jetzt schon begierig auf den text stürzen, um mit hilfe der bemerkungen über den von uns vertretenen standpunkt hinwegtrampeln zu können, sei jetzt schon gesagt :SPART EUCH DIE MÜHE UND BLÄTTERT WEITER ! ÜBERSEHT EINFACH DEN TEXT, DENN AN EUCH IST ER NICHT GERICHTET !

unserer meinung nach sind die ereignisse auf der demo und auf der darauffolgenden vv nur die eskalation einer entwicklung, die schon vor jahren eingesetzt hat. hiebei handelt es sich um eine auseinandersetzung, bei der es schlicht und einfach um die form geht, mit der wir, die autonome szene, politik betreiben. in den vergangenen jahren haben sich hierbei vorallem zwei sich widersprechende positionen herausgebildet, zum einen diejenigen, die in bündnissen mit verbänden, parteien, institutionen ihr heil suchen und dabei ihre initiativen von der akzeptanz staatlich-integrativer kräfte abhängig machen. für diese position hängt eine erfolgreiche mobilisierung nicht vorrangig von der zahl der mobilisierten menschen ab, sondern von der zahl der unterschriften, die unter irgendeinem aufruf stehen, und um diese zahl zu vergrößern, sind diese gruppen bereit, revolutionäre inhalte für einen gemeinsamen aufruf zurückzustellen.
ein sehr trauriges beispiel für diese linie war die mobilisierung zum letzten hungerstreik der gefangenen, bei der vielzuviele auf die al, die kirche oder andere "demokratisch-fortschrittliche" kräfte geschielt haben und für diese breite bereit waren, jede kröte zu schlucken. nicht mehr die gesellschaft für die die gefangenen <u>und</u> wir kämpfen, nicht mehr unsere aller kritik an dieser gesellschaft stand im mittelpunkt der mobilisierung, sondern das nachrennen nach kräften, die, fest verwurzelt in dieser zutiefst inhumanen gesellschaft, ein paar humanitäre ideale sich leisten. die menschen jedoch, die am meisten von der neuen gesellschaft gewinnen könnten, sind in keinster sekunde von diesen gruppen auch nur eines gedankens bedacht worden.
auf ihrer suche nach der akzeptanz solch ominöser vereine wie der kirche sind diese gruppen überall anzutreffen, wo es zu militanten, gewaltsamen auseinandersetzungen kommt. aber nicht etwa lassen sich diese gruppen in diesen momenten finden, um auf seiten der militanten an den auseinandersetzungen teilzunehmen, nein, ganz im gegenteil, mit megaphon stehen sie da und verkünden, wir sollten nach hause gehen, es würde nichts nützen. bei sämtlichen größeren auseinandersetzungen waren diese gruppen vertreten, beim 1. mai 87, beim iwf im anschluß an die donnerstagsdemo, beim 1. mai 89. immer wieder tauchten sie mit ihrem megaphon auf und riefen : "geht nach hause !" riefen sie mal nicht, waren sofort die bullen bereit sie abzulösen mit dem einzigen unterschied, daß diese dann auch gleich knüppelten.
in angesicht des nicht mehr leugbaren erfolges schwenken diese gruppen sofort um und gebärden sich auf eine weise, als hätten sie an diesen kämpfen teilgenommen und versuchen den erfolg für sich einzuheimsen. wie momper, pätzold oder die al stellen sie sich in der öffentlichkeit dar und rechtfertigen auf einmal dinge, die sie kurz vorher noch unterbinden wollten. freilich nicht im fernsehen, dafür aber ab und zu schon mal in der taz und (staun, staun) im spiegel. oder aber in geschaffenen kiezpalavern, an denen vom anspruch her alle teilnehmen sollen, die sitzplätze jedoch sofort von den sozialstrategen aus stadtteilinstitutionen, - verbänden und parteien belegt werden. statt diese nun hinauszuwerfen beginnt der dialog.
in hoyerswerder lief im prinzip nichts anderes ab, was nicht schon am 1. mai 87 und danach immer wieder geschehen ist. der einzige unterschied diesmal war, daß einige aus diesen gruppen zusammen mit den sozialpartnern die militanten angriffen, die sich wehrten und diesmal auch im nachhinein sich politisch zu diesem konflikt verhalten.
wir fragen diesmal alle, die sich als antifaschistisch bezeichnen, wie sie sich einen erfolgreichen antifaschismus vorstellen. ging es nur darum der dortigen bevölkerung rüberzubringen, was dort abging, obwohl sie das ja am besten selber wissen müßten, waren sie selbst doch nicht zu knapp an diesen extremen auswüchsen be-

teiligt und denen, die "ohnmächtig" und "hilflos" danebenstanden, zu zeigen, daß da noch antifas sind, die auf die straße gehen ? geht es nicht aber auch darum, den faschisten dort entschlossene gegenwehr zu leisten, wie denen z.b. am fenster ? ihnen die straße zu nehmen ? unter solchen mottos muß eigentlich eine starke antifaschistische demo stehen. wenn manche sich aber nur wehleidig-betroffen hinstellen, dann ist das ihr ding (von uns bekommen sie dann höchstens 'n taschentuch gereicht) mit dem sie allerdings weder andere belästigen sollten noch die verarschen, die in iohrem leben akut bedroht sind. die betroffenheit eines teiles der deutschen linken nützt den jetzt hauptsächlich verfolgten nicht-deutschen herzlich wenig. genauso wenig wie diese krämerseelenmentalität den gefangenen nützt. die bringt kein vertrauen in die eigene stärke und führt höchstens zur entsolidarisierung, wie wir alle ja jetzt anhand der diskussion sehen können. der hammer jedoch ist, wenn ein paar durchgeknallte von "feeling" auf der demo quatschen. denen ist die situation in diesem scheiß ländle wohl nicht klar. der faschistische mob macht mobil, bedroht das leben von immigrantInnen, lesben, schwulen und bald auch schon die gesamte linke und ihr redet von "happy feeling". verdammt nochmal : IHR SEID NICHT IM BUDDELKASTEN UND SPIELT "MENSCH ÄRGERE DICH NICHT" !

überlegt euch mal, warum die faschisten so rumrennen können und überhaupt nicht gestört werden. warum hetzen die parteien gegen die flüchtlinge ? seht ihr nicht, daß hier schuldige fabriziert werden für probleme, die systemimmanent sind ? seht ihr nicht, daß der lang vorhergesagte heiße herbst schon stattfindet, nur daß nicht die kohls, waigels, lafontaines und auch nicht die crommes, breuels oder reuters im mittelpunkt stehen und als schuldige benannt werden. es knallt nicht unter den autos dieser fettsäcke, sondern in den wohnheimen der flüchtlinge und in den wohnungen der immigrantInnen und bald auch bei uns. das, was jetzt abläuft, ist eine klare klassenauseinandersetzung, in der die schuldigen von sich nur abgelenkt und das bild verschoben haben. läuft also eine demo ist selbstbeweihräucherung fehl am platz. im vordergrund muß stehen, daß widerstand, sich-zur-wehr-setzen möglich ist, dazu aber müßen wir das bild wieder grade rücken. denn nur so bieten wir eine perspektive, den faschismus an der wurzel zu packen und mitsamt des ganzen systems auf den müll zu schmeißen, um endlich so leben zu können wie wir das wollen. stellen sich dabei aber bullen in den weg, dann ist das nur gut für die revolutionärInnen, zeigt dies doch, wieviel faschisten und bullen/staat gemeinsam haben, zeigt dies, wie stark jedes gewaltverhältnis dieser gesellschaft vom staat geschützt wird. oder glaubt ihr, daß die vergewaltigung und die ermordung der koreanischen studentin nur ein tragisches fehlverhalten einiger weniger bullen war ? da läuft der selbe mechanismus ab, der den bgs auf die straßen von hoyerswerder treibt, wenn wir dort demonstrieren, in der woche davor jedoch die straße den faschisten überläßt.

deswegen war auch die durchsage aus dem lautsprecherwagen auf der wiese absolut richtig, daß ein in-den-weg-stellen der bullen als angriff auf die demo gesehen wird. wenig später standen dann auch die pigs im weg und ließen die demo nicht durch. um die hoffnung auf ein friedliches leben nicht aufgeben zu müssen, müssen wir dann aber auch konsequent genug sein, die uniformierten faschisten (in westberlin wählten immerhin 70% der bullen die rep's und 25% die cdu) anzugreifen und damit dann auch diesen staat. wer hier zurückweicht, weicht vor der gewalt dieses systems zurück. hier nützt es nichts, sich vom bürgerlichem gesetzbuch und vom grunzgesetz leiten zu lassen, oder von den moralaposteln aus den reihen der bonzen. sprüche wie "keine gewalt" sind schon zur genüge gekommen und verkleistern doch nur die tatsache, von wem die gewalt ausgeht, vom staat und den ganzen reaktionären, faschistischen organisationen. "keine gewalt" zu schreien, heißt aber noch mehr, heißt sich nicht mehr zu wehren und alles geschehen zu lassen.

hierbei ist wichtig zu sehen, daß gewalt vielschichtiger ist und sich nicht nur in der militanten aktion gegen bullen und faschisten auf der straße äußert, sondern auch als proletarische aktion im supermarkt, am stromzähler ... gewalt kommt von "walten" und wenn wir anfangen zu walten, wie wir wollen, dann fasst dieser staat das sofort als gewalt auf und schickt seine spitzel oder zensiert selbst lieder. aber selbst bei einem anscheinend so harmlosen punkt, wie dem wunsch sich ohne spitzel zu einer demovorbereitung zu treffen, gibt es's in der szene, zwischen denen, die ein treffen ohne spitzel zumindest längerfristig erreichen wollen und versuchen, es ihnen so schwer wie möglich zu machen und jenen, die für die "breite" am liebsten jedes treffen öffentlich ankündigen wollen.

beiden ansätzen liegt ohne zweifel ein organisierungsmodell zu grunde. die entscheidende frage ist hier mit welcher dynamik und mit welchem ziel. entweder innerhalb des systems im verbund mit den ganzen institutionen, was dann nur im reformismus enden kann

(die gefangenen kommen zusammen, vielleicht sogar raus, aber der kampf gegen diese und für eine neue gesellschaft hört auf) oder aber gegen das system. eingrundstein einer revolutionären organisierung ist die illegalität in jeder form, ist der schritt illegal zu handeln, unsere lieder zu singen (z.b. slime), einen supermarkt zu enteignen, die militante aktion auf der straße, wer geflüchtet ist zu verstecken und vor abschiebung oder knast zu schützen. dies alles wird von diesem system verfolgt, weil dieses "walten" bewußtsein schaft und zum denken und wieder-handeln auffordert und anregt. es ist lediglich eine taktische frage, wann, wo und wie wir agieren. in der konkreten situation sich gegen faschisten zu wehren geht nur mit dem stein, dagegen aber mit anderen menschen sich über faschismus auseinanderzusetzen auch mit flugis, musik, demos, etc.

die strategie, oder die möglichkeit immerfort wieterzukämpfen, liegt in der anwendung der illegalität bzw. der klandestinität, die aber sofort vom staat als illegalität aufgefasst wird. flüchtlinge zu verstecken, damit sie für den staat nicht mehr greifbar sind, würde in legalen, offenen strukturen nutzlos sein. die illegalität erweitert vorallem den handlungsraum, widerstand gegen dieses system zu leisten.

dies jedoch scheinen einige in der szene nicht (mehr?) zu wollen. sie kommen mit ihren megas und wollen die militanten nach hause schicken und da, wo das nicht klappt, versuchen sie den erfolg für sich zu reklamieren oder diffamieren die militanten in bester bild-zeitungsmanier ("durchgeknallte", "betonköpfe"), wobei sie sich noch nicht mal zu schade sind, das walten der militanten frauen in bester patriarchenmanier zu übergehen ("macker", "mackermilitanz"). läuft dazu nicht alles so, wie sich das bewußte revolutionärInnen vorstellen, greifen sich diese gruppen sofort die ganze scheiße raus und ignorieren einfach die prozesse, die zu einem riot wie am 1. mai 87 führen und bei den leuten abgehen, verbunden mit einer nach seife stinkenden arroganz ihrer eigenen scheiße gegenüber. so wird die gewalt gegen frauen in jeder form, wie sie am 1. mai 87 auftrat, die angriffe auf kleiner läden oder der ganze andere mist dazu benutzt, den tag selbst politisch zu entwerten, anstatt zu sehen, daß dieser riot kein politischer ausdruck, sondern in erster linie ein ausdruck der gewaltverhältnisse dieses systems war. von diesen können wir uns aber nicht distanzieren oder uns vor ihnen in unseren nischen verstecken, die sind da. hier müssen wir uns bewußt reinstellen, um eine entwicklung in gang zu setzen und eine veränderung herbeizuführen. so zeigt der 1. mai 89 auch schon eine kleine veränderung und die jetzt stattfindene organisierung der jugendlichen geht du noch einen schritt weiter. diese und jede weitere entwicklung wäre mit einer distanzierung nie möglich gewesen.

wir rufen alle auf, sich an der jetzt stattfindenen debatte zu beteiligen. wir rufen euch auf, nicht in den eingerichteten nischen von einer besseren welt zu träumen, sondern die augen aufzumachen und zu sehen, was in dieser scheiß gesellschaft abgeht. stellt euch bewußt in diese auseinandersetzungen und laßt uns überlegen, wie wir gemeinsam grundlegende veränderungen erreichen können, wie wir gemeinsam die nächsten schritte auf dem weg gehen können, der uns irgendwann zur revolution führt. laßt uns sehen, daß wir endlich die sprache finden, damit auch andere an den kämpfen teilnehmen. diejenigen jedoch, die den weg der "al-kritischen" integration gehen wollen, sollen dies ruhig machen, bloß haltet dann euer denunziatorisches schandmaul !

REFORMISMUS IST KUPPELEI MIT DEM STAAT !

KAMPF DEM FASCHISMUS !

KAMPF DEM IMPERIALISMUS ! FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER !

FÜR DEN KOMMUNISMUS !

eine kommunistisch-autonome gruppe

WICHTIG! WICHTIG! WICHTIG!

HEY HALLO!

YOK-QUETSCHENPAUA SPIELT AM SAMSTAG UM 21[00] IN STRAUSBERG IN DER VILLA EGGEBRECHT. SCHREIBT IHR DAS BITTE IN EUERN/UNSA'N TERMINKALENDER

PRIMA ... !?!?

HERZHAFTE SCHOKOGRÜSSE QUETSCHMÄN

WICHTIG! WICHTIG!

THE EMPIRE STRIKES BACK -
Zum "interim"-Vorwort bzgl. Heinz Schenk (Nr. 166)

I. Es gab im April/Mai schon einmal eine Debatte über die "interim"-Praxis, Artikel im Vorwort in wenigen Zeilen zu kommentieren. Ihr habt damals gesagt (Nr. 145):"Der Problematik, daß unsere Kommentare oft arroganter wirken, als sie gemeint sind, sind wir uns bewußt. Trotzdem werden wir auf dieses Mittel nicht verzichten, da es immer noch genügend Menschen gibt, die Sinn für Ironie haben." Wir glauben dagegen, daß in wenigen Zeilen nicht inhaltlich auf einen Beitrag eingegangen, sondern nur der erste spontane Ärger oder Beifall formuliert werden kann. Da wir keine Lust haben, daß unser Artikel aufgrund eures Vorworts abgetan wird, setzen wir uns mit diesem im folgenden ausführlich auseinander.

II."Es wird ein Klischee-Bild 'der Autonomen' entworfen, welches es in der Realität nicht gibt"(Vorwort):"Gehen wir von der bekannten Erscheinung des bzw. der Durchschnittsautonomen aus. Natürlich, eine derartige Durchschnittsautonome gibt es nicht; und alles, was man über ihn bzw. sie aussagt, kommt schnell in den Ruch, Karikatur und wüste Polemik zu sein. Und in der Diskussion wird dann dieses oder jene Gegenbeispiel erwähnt, bei dem natürlich alles ganz anders ist. Trotzdem: Ohne Verallgemeinerung, die sicherlich den durch sie charakterisierten Menschen Unrecht tut, ohne derartige Verallgemeinerungen kann nicht vernünftig diskutiert werden; sonst artet nämlich jede Diskussion in ein reines Anekdotenerzählen aus. Und derartiges Anekdotenerzählen ist durchaus charakteristisch für Diskussionen in der autonomen Bewegung. Dem wollen wir hiermit gleich einen Riegel vorschieben. Deshalb: Wenn wir also im folgenden die Vorstellungen und die Praxis autonomer KämpferInnen darstellen, dann mag das zum Teil überspitzt erscheinen, aber gerade in dieser Überspitzung drückt sich eine Wahrheit aus, die nicht durch endloses Anekdotenerzählen zugekleistert werden kann" (Broschüre "Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen", Freiburg).

III. "Die politischen Auseinandersetzungen und theoretischen Ansätze werden oberflächlich und polemisch kritisiert. Deine geforderte Wissenschaftlichkeit und emotionsfreie Herangehensweise gelingt dir überhaupt nicht"(Vorwort): Richtig ist, daß unsere Kritik zu wenig Belege anführt und zu wenig ins Detail geht. Dies würde aber den Umfang eines "interim"-tauglichen Artikels sprengen. Wir sind gerne bereit, dies nachzuholen, in einem ersten grundsätzlichen Artikel kam es uns aber nur darauf an, unsere Gesamtsicht der Autonomen zu umreißen. Die Schärfe unseres Artikels resultiert auch daher, daß wir mit "soft" und eben immanent formulierten Kritiken immer wieder die Erfahrung gemacht haben, daß sie zustimmend aufgegriffen wurden, um sie dann als eine Rechtfertigung für eine neue Runde des immergleichen zu zitieren. So daß wir oft genug das Gefühl hatten, genausogut mit einer Gummiwand debattieren zu können, die jede Auseinandersetzung vermeidet, indem sie einfach den großen Konsens der Unzufriedenheit mit den bestehenden autonomen Zuständen vortäuscht. Wir wollen, wenn wir autonome Politik schon nicht ändern können, wenigstens vermeiden, neues Material für das Wunschdenken, beim nächsten Mal alles besser machen zu können, zu liefern. (Obwohl selbst die Schärfe nicht unbedingt davor schützt, wie das Zitieren der Freiburger Broschüre in der Nr. 165 zeigt.)

IV. "Deine Vorschläge zur 'Änderung' der Politik sind nicht neu und werden seit Jahren quasi kampagnenmäßig immer wieder neu produziert"(Vorwort): Wenn sich eine Politik als persönlich und politisch unbefriedigend erweist, und bisher alle Versuche zu ihrer Änderung gescheitert sind, ist es keine Lösung, mit der unbefriedigenden Politik einfach weiterzumachen. Ebenso könnten wir uns lebendig einsargen lassen. Es kommt dann vielmehr darauf an, genau zu untersuchen, warum die bisherigen Versuche gescheitert sind. Wir glauben, genau dies getan und deshalb andere Vorschläge gemacht zu haben. Bisherige Änderungsversuche zielten entweder darauf ab, immanent die Autonomen zu verändern, d.h. organisatorische Veränderungen etc. zu schaffen, ohne die theoretischen Voraussetzungen der alten Organisationsweise anzutasten. Oder ihnen fiel nur der Aufbau eines an den K-Gruppen der 70er Jahre orientierten Modells ein, das auf mehr Effektivität zielte, ohne die subjektive Emanzipation für wichtig zu erachten ("Ich sag, wie's ist"; "Kommunistische Brigaden"). Ersteres war zu kurz gedacht, letzteres konnte keinen Hund mehr

hinter dem Ofen hervorlocken. Unser Vorschlag zielt daher darauf ab, den langfristigen Aufbau einer antiautoritären Organisation außerhalb der Autonomen zu versuchen. Diesen Vorschlag hat es unseres Erachtens seit Bestehen der Autonomen nicht gegeben.

V. Bisherige Vorschläge konnten nichts verändern, da sie nur als unverbindliche Vorschläge für meist unverbindliche Foren verfaßt wurden und nicht sagen konnten, mit wem und wie sich diese Veränderung vollziehen sollte. Richtig ist, daß wir in unserem Artikel auch nichts dazu gesagt haben. Wir glauben aber aus den bisherigen Veränderungsversuchen den Schluß ziehen zu können, daß der erste Schritt einer Erneuerung revolutionärer Politik nicht aus dem autonomen Kern (und damit auch der "interim"-Red. und weiten Teilen ihrer LeserInnen) kommen wird, da diese eben noch viel zu stark autonomem Denken verhaftet sind. Eine Änderung wird, wenn überhaupt, von denen ausgehen, die seit einiger Zeit mit einer gewissen Skepsis am Szene-Rand gestanden haben. Diese werden sich nach einer Anfangsphase öffentlich zugängliche Strukturen schaffen müssen, um von vornherein ein Versacken im autonomen Kleingruppenmodell zu vermeiden. Wir hoffen, in naher Zukunft dazu mehr sagen zu können.
Wir haben den Artikel nicht in der "interim" veröffentlicht, weil wir uns auf diesem Wege direkt eine neue Richtung linker Politik versprechen. Nur veröffentlichte Positionen sind aber denkbare Positionen, ansonsten existieren sie nur in den Hirnen ihrer SchreiberInnen. Die Umsetzung neuer Ideen wird nicht von einem unverbindlichen Forum geleistet werden, der Anstoß kommt im ersten Schritt von außen und die Kenntnis der Positionen ist Voraussetzung dafür, daß sie in einem zweiten Schritt weitere Kreise ziehen kann.


VI. Das Problem, an dem auch wir nicht vorbeikommen, ist das der Ungleichzeitigkeit sowohl von Einsicht wie Kraft. Daß also keine Plattform in den Autonomen existiert, daß daher fast alle einzeln aufhören, daß die meisten Jungen auf ihrem Recht bestehen, ihre Erfahrungen selbst zu machen und die meisten Alten keine Kraft und/oder Phantasie mehr haben, etwas anderes zu vesuchen, führt dazu, daß es nur ein relativ schmaler Zeitraum ist, in dem individuell sowohl Einsicht wie Kraft bestehen, eine andere revolutionäre Linke aufzubauen. Dieser muß mit dem Zeitraum bei anderen zusammentreffen. Außerdem muß ein solcher Versuch die vereinzelten bundesweiten Verlautbarungen grundsätzlicher Diskussionen vernetzen können.
Auch unsere Kraft ist begrenzt. Der Zustand einiger Genossen, die trotz ihrer schärfsten Kritik an den Autonomen ihre emotionale Abhängigkeit von ihnen nie lösen konnten, ist uns warnendes Exempel genug. Wir haben uns schon in den letzten Wochen manchmal wie der Ritter von der traurigen Gestalt oder wie ein Wanderprediger in Organisationsfragen gefühlt. Wir werden unser Leben nicht mit dem Versuch fristen, ein Kamel durchs Nadelöhr bringen zu wollen. Jetzt oder nie ! (Na, wenn das nicht voluntaristisch ist.)

VII. Einige Bemerkungen zu Diskussionsstil und Umgang miteinander: "Das Ausfechten von Gegensätzen, Widersprüchen war es gewesen, was zum Gemeinsamen zwischen uns geführt hatte. Ablehnungen, Schwierigkeiten hatte es gegeben, und immer wieder das Bestreben, mit These und Antithese einen für beide gültigen Zustand zu erreichen. So wie Divergenzen, Konflikte neue Vorstellungen entstehn ließen, so entstand jede Handlung aus dem Zusammenprall von Antagonismen. Die Einsicht und Artikulation dieser Vorgänge machte das Zusammenleben, die gegenseitige Würdigung möglich" (Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands). D.h.: Wir halten gerade eine scharfe Diskussion und evtl. notwendig werdende Trennungen für die Vorausetzung, um dann anders wieder zusammenarbeiten zu können. Die Schärfe ist notwendig, um den derzeitigen Konsens, die autonomen/antiimperialistischen Positionen seien die einzig möglichen revolutionären in der BRD, zu durchbrechen. Wir halten nichts von einem Konsens, der in Wirklichkeit auf Verlustängsten basiert und gerade darum an Kleinigkeiten bricht. Ebensowenig werden wir hier einen Grabenkrieg um des Grabenkrieges wegen eröffnen. Die linke Tradition, die konkurrierende Nachbarorganisation für den Hauptfeind zu halten, ist uns nur zu gut bekannt.

VIII. Das im letzten Artikel zitierte Buch von Michael Wildenhain heißt "Die kalte Haut der Stadt" und nicht "Das kalte Herz der Stadt". Heinz-Schenk-Romantik, ick hör dir trapsen...

Heinz Schenk





TERMINE

Samstag 2.11.

Internationaler Frauen/Lesben
Aktionstag gegen Knast,Repression
und Rassismus
13Uhr Kundgebung vor der Plötze

22Uhr Palästina Kiez-Disco im SO 36

21Uhr Prozesskosten-Soli-Fete
mit Vokü,evtl. Filme in der SFE
Mehringhof, Gneisenaustr.2a

21Uhr YOK-Quetschenpaua (InsiderInnen
auch unter Quetschmäääääään bekannt)
spielt in der Villa Eggebrecht

ab jetzt jeden Montag:

17Uhr Protestkundgebung
Kudamm Ecke Joachimsthalerstraße
von/für Frauen und Lesben

Mittwoch 6.11.

20Uhr SFE Versammlungsraum
Nachbereitung für Frauen/Lesben-Demo
vom 25.10.

A-Laden Rathenowerstr.22 1/22
Do 31.10. 18Uhr "Die unwürdige Greisin"
Video,Film und Gespräch

Do 7.11. 20Uhr "Victor Serge- Wanderer
zwischen Anarchismus und Marxismus"
Vortrag und Textcollage

Musikalische Livebeschallung

E' PERICOLOSO SPORGERSI

Präsentiert

Dario Fo's "Hohn der Angst"

POLITISCHE FARCE ÜBER DIE ENTFÜHRUNG EINER "PERSÖNLICHKEIT"

2. + 3. Nov. 91

Berlin, Mehringhof "Ex"

Soll ich Dir sagen, wen Du gerettet hast?
ANTONIO Wieso, wen habe ich gerettet?
LUCIA Agnelli! *gesprochen: Anjelli* Den reichsten und mächtigsten italienischen Kapitalisten und Industrieboß, Agnelli.
ANTONIO *sehr leise* Mein Gott, Agnelli. Ich habe den Agnelli gerettet?
LUCIA Glaub mir. Heute früh haben sie es im Fernsehen gebracht. Sondermeldung: »Die Entführung ereignete sich gegen zwei Uhr nachts in einem Vorort von Turin.« Das ist Dein Zermatschter.
ANTONIO *leise* Agnelli ... *lauter* Das war der Agnelli ... *ruft* Ich habe den Agnelli gerettet! *schreit* Der Agnelli! Ich habe ihn umarmt! Ich habe ihm meine Jacke gegeben! Dem Agnelli! Wenn das die Genossen in der Fabrik erfahren! Die stellen mich an die Wand und *macht einige schnelle spuckende Geräusche* spucken mich tot!